

# Breithaupt

12/2019  
108. Jahrgang  
DEZEMBER 2019

## Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht

Begründet 1912 von Geh. Regierungsrat  
Hermann Breithaupt, weiland ständiges  
Mitglied des Reichsversicherungsamtes

Schriftleitung: Hans Peter Spiegl, Vorsitzender Richter am Bayerischen  
Landessozialgericht; Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG,  
Stuttgart · München · Hannover · Berlin · Weimar · Dresden

---

### JAHRESINHALTSVERZEICHNIS

Registerheft 12/2019

**Beilagenhinweis:** Diesem Heft liegt die Bestellkarte für Einbanddecken bei.

**Bitte beachten:** Beim Binden des Jahrgangs werden diese ersten zwei Seiten (A und B) mit dem Umschlag zusammen entfernt. Der gebundene Jahrgang 2019 beginnt mit dem nachfolgenden Titelblatt S. I, II (Heft 12/2019); nach dem Jahresinhaltsverzeichnis S. III ff. (Heft 12/2019) folgen die Hefte 1/2019 bis 11/2019. Jeweils die Seiten I bis VIII der Hefte 1/2019 bis 11/2019 werden vorher entfernt.



**Breithaupt**

---

**Sammlung  
von Entscheidungen  
aus dem Sozialrecht**

Begründet 1912 von  
Geh. Regierungsrat Hermann Breithaupt,  
weiland ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamtes

Schriftleitung: Hans Peter Spiegl  
Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht

**108. Jahrgang**

---

**2019**

 **BOORBERG**

## Inhaltsübersicht

Entscheidungen (Leitsätze) . . . . .	III–XLVI
Entscheidungen (nach Gericht und Verkündungsdatum) . . . . .	XLVII–L
Sachregister (alphabetisch nach Stichworten und Deskriptoren) . . . . .	LI–LVI
Abkürzungen . . . . .	LVII–LXII
Entscheidungen (Hefte 1–11) . . . . .	1–976

---

### **Breithaupt** Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht (Breith.)

Schriftleitung: Hans Peter Spiegl, Vorsitzender Richter am BayLSG, München  
 Die Zeitschrift erscheint am 25. jeden Monats; Bezugspreis EUR 236,40 jährlich einschließlich Versandkosten, Einzelheft EUR 23,- zuzüglich Versandkosten. Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im Voraus. Eine Abbestellung wird, wenn sie spätestens 6 Wochen vor Jahresschluss dem Verlag vorliegt, zum Ende des Jahrgangs wirksam.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Auswertung für Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck bleiben vorbehalten. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung.

Satz: Fotosatz Mann, Beyharting; Druck und Verarbeitung: Liskow Druck und Verlagsgesellschaft mbH, Oldenburger Allee 23, 30659 Hannover. Anschrift für Bestellungen sowie für alle Zuschriften an Schriftleitung und Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Levelingstraße 6a, 81673 München; Telefon (0 89) 43 60 00-20; Telefax (0 89) 4 36 15 64; Internet: [www.boorberg.de](http://www.boorberg.de); E-Mail: [mail.de](mailto:mail.de) – Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. 1. 2009 ist zurzeit gültig, verantwortlich für den Anzeigenteil: Roland Schulz, Richard Boorberg GmbH & Co KG, Scharnstraße 2, 70563 Stuttgart; Telefon (07 11) 73 85-0, Telefax (07 11) 7 38 51 00, E-Mail: [anzeigen.de](mailto:anzeigen.de).

**ISSN 0342-2003**

## Entscheidungen (Leitsätze)

(geordnet nach Rechtsvorschriften)

---

### Sozialgesetzbuch I – Allgemeiner Teil –

- §§ 11, 44 Abs. 1 SGB I s. § 3 AsylbLG *Breith. 2019, 945*
- § 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I s. § 14 Abs. 1 und 2 SGB IX *Breith. 2019, 421*
- § 31 SGB I; §§ 1 Satz 2, 2 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 2, 27 Abs. 1 Satz 1 und 2, 33 Abs. 1, 4 und 5, 139 Abs. 2 Satz 3 SGB V; §§ 31 Abs. 2, 47 Abs. 2 SGB IX; § 182 Abs. 1 Nr. 1 RVO; Art. 25 Satz 3 Buchst. a UN-BRK
- Versicherte, die von ihrer Krankenkasse mit Inkontinenzmaterial versorgt werden, können nicht auch die Freistellung von den Kosten für dessen Entsorgung beanspruchen.**
- BSG, Urt. v. 15. 3. 2018 – B 3 KR 4/17 R – *Breith. 2019, 15*
- § 31 SGB I s. §§ 2 Abs. 1, 125 Abs. 1, 128 Abs. 1, 150 Abs. 1, 168 Abs. 1, 185 Abs. 2 Satz 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 3 SGB VII *Breith. 2019, 820*
- §§ 35 Abs. 4, 38, 39 Abs. 1 SGB I; §§ 129 Abs. 5c, 217a bis 217f SGB V; §§ 31 Satz 1, 67 Abs. 1 Satz 2, 67a SGB X
- 1. Das Begehren des Spitzenverbands Bund der Krankenkassen, von einem pharmazeutischen Unternehmer Nachweise über die vereinbarten Preise für Fertigarzneimittel in parenteralen Zubereitungen zu verlangen, ist durch einen Verwaltungsakt durchzusetzen.**
- 2. Die Rechtmäßigkeit eines solchen auf Erteilung konkreter Auskünfte und Nachweiserbringung gerichteten Begehrens ist ausgehend von der dafür vorgesehenen Ermächtigungsgrundlage (hier: § 129 Abs. 5c Satz 4 SGB V in der bis 12. 5. 2017 geltenden Fassung) auch unter dem Blickwinkel des Bestimmtheitsgrundsatzes und des Sozialdatenschutzes zu beurteilen.**
- 3. Gerichte sind nach den Grundsätzen zur „geltungserhaltenden Reduktion“ eines Auskunftsverwaltungsakts nicht befugt, einen solchen im Sinn eines vermeintlichen „Minus“ nur teilweise aufzuheben (Anschluss an BSG, Urt. v. 24. 2. 2011 – B 14 AS 87/09 R – BSGE 107, 255 = SozR 4-4200 § 60 Nr. 1).**
- BSG, Urt. v. 3. 5. 2018 – B 3 KR 13/16 R – *Breith. 2019, 189*
- § 37 Satz 1 SGB I s. GOP 0100 EBM-Ä *Breith. 2019, 361*
- § 43 SGB I s. §§ 7 Abs. 4, 11, 16, 21 Abs. 6, 36 SGB II *Breith. 2019, 611*
- § 44 SGB I s. §§ 35 Abs. 1 und 2 BVG *Breith. 2019, 605*

§§ 60 Abs. 1 Satz 1, 65 Abs. 1, 66 Abs. 1 und 3 SGB I; § 69 Abs. 1 Satz 1 SGB IX; § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X

Der notwendige konkrete Hinweis gegenüber dem Berechtigten auf die Rechtsfolgen bei fehlender Mitwirkung vor der Entscheidung über die Absenkung des Grads der Behinderung wegen Ablaufs der Heilungsbewährung enthält keine Vorwegnahme der abschließenden Ermessensentscheidung.

BSG, Urt. v. 12. 10. 2018 – B 9 SB 1/17 R –

*Breith. 2019, 444*

### Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –

§ 7 Abs. 1 und Abs. 2 SGB II; §§ 1 Abs. 1 Nr. 4, 2 Abs. 1 AsylbLG; Art. 1 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1, 20 Abs. 1 GG; Art. 23 Abs. 2, Art. 28 Abs. 1 RL (EG) Nr. 83/2004

Weder die Richtlinie (EG) Nr. 83/2004 noch das GG steht dem Ausschluss von Familienangehörigen anerkannter Flüchtlinge, die selbst nur über eine Duldung verfügen und deshalb Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind, von Leistungen nach dem SGB II entgegen.

BSG, Urt. v. 14. 6. 2018 – B 14 AS 28/17 R –

*Breith. 2019, 436*

§§ 7 Abs. 4, 11, 16, 21 Abs. 6, 36 SGB II; § 43 SGB I; § 455 Abs. 4 StPO; § 75 SGG

1. Der Leistungsausschluss wegen Aufenthalts in einer Einrichtung zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung (§ 7 Abs. 4 Satz 2 SGB II) gilt nicht, wenn die Vollstreckung der Freiheitsstrafe gemäß § 455 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 StPO für die Dauer eines außerhalb des Strafvollzugs durchgeführten stationären Heilverfahrens unterbrochen wird.

2. Bei der Berechnung der Dauer des Aufenthaltes im Krankenhaus (§ 7 Abs. 4 Satz 3 Nr. 1 SGB II) sind auch bei Strafgefangenen, deren Strafvollstreckung kurzzeitig nach § 455 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 StPO unterbrochen worden ist, nur die Zeiten der stationären Krankenhausbehandlung zu berücksichtigen. Die Zeiten des vorangegangenen oder nachfolgenden Strafvollzugs (als weiterer Ausschlussgrund nach § 7 Abs. 4 Satz 2 SGB II) sind nicht einzuberechnen.

3. Die dem Betroffenen von einem Krankenhaus oder von einer Rehabilitationsklinik zur Verfügung gestellte Vollverpflegung führt weder zum teilweisen Wegfall der Hilfebedürftigkeit noch zu einer Minderung des zu gewährenden Regelbedarfs nach § 20 SGB II.

4. Bei langjährig Strafgefangenen kann die jeweilige Justizvollzugsanstalt der für die örtliche Zuständigkeit des Leistungsträgers maßgebliche Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes sein. In diesen Fällen bleibt die Justizvollzugsanstalt auch bei einer nur kurzfristigen Unterbrechung der Strafvollstreckung nach § 455 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 StPO der Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 26. 2. 2019 – L 11 AS 474/17 –

*Breith. 2019, 611*

§§ 11 Abs. 1 und 2, 12 Abs. 1 SGB II; §§ 54 Abs. 1 und 4, 130 Abs. 1 Satz 1 SGG  
Zahlungen zum Ausgleich eines Vermögensschadens sind grundsicherungsrechtlich nicht als Einkommen zu qualifizieren.

BSG, Urt. v. 9. 8. 2018 – B 14 AS 20/17 R –

*Breith. 2019, 690*

§§ 11 Abs. 1 Satz 1, 11a Abs. 3 Satz 1 SGB II; §§ 33 Abs. 1, 2 und 3, 33b Abs. 3, 5 und 6 EStG

Eine Einkommensteuererstattung ist auch dann als Einkommen zu berücksichtigen, wenn der aus der Einkommensteuererstattung generierte Erstattungsbetrag ganz oder teilweise aus der steuerrechtlichen Berücksichtigung des Pflegepauschbetrags nach § 33b Abs. 6 EStG, des übertragenen Behindertenpauschbetrags aus § 33b Abs. 3 und 5 EStG sowie aufgrund von Ausgaben nach § 33 Abs. 1–3 EStG resultiert.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 13. 5. 2019 – L 3 AS 85/16 – *Breith. 2019, 952*

§ 16d Abs. 2 Satz 1 SGB II

1. Ein kostenloser Fahrgastbegleitservice für insbesondere mobilitätseingeschränkte Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr ist eine zusätzliche Arbeit im Sinne des § 16d Abs. 2 Satz 1 SGB II, soweit er nicht zum eigentlichen Leistungsspektrum (Personentransport) gehört.

2. Der Zusätzlichkeit eines Fahrgastbegleitservice steht dabei nicht entgegen, dass gleichgelagerte reguläre Beschäftigungsverhältnisse aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht geschaffen wurden, dass der Verkehrsbetrieb die Maßnahme bewirbt und dass zeitgleich eine Vielzahl von Fahrgastbegleitern an der Maßnahme teilgenommen hat.

3. Stellt die Gruppe der begleiteten Personen im Verhältnis zu den sonstigen Transportzahlen (hier: mehrere hundert Fahrgastbegleitungen monatlich zu deutlich über hundert Millionen Fahrgästen im Jahr) einen verschwindend geringen Bruchteil dar, ist weder ein ernsthaftes wirtschaftliches Interesse des Verkehrsbetriebes am Ticketverkauf an die begleiteten Fahrgäste noch ernsthaftes Verdrängungspotential anderer Anbieter für Transport- und Begleitservice für mobilitätseingeschränkte Personen anzunehmen.

4. Soweit der Fahrgastbegleitservice wegen seiner Kostenfreiheit weder den Umsatz des Verkehrsbetriebes steigern noch das Kerngeschehen – höhere Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrscheinen für den Transport – voranbringen konnte, ist auch keine Vermögensmehrung aus anderem Grund eingetreten

5. Fehlt es an der Vermögensmehrung, kommt es nicht mehr darauf an, ob die Leistung (= Arbeitsgelegenheit) mit Rechtsgrund erbracht wurde.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 18. 12. 2018 – L 11 AS 109/16 –

*Breith. 2019, 524*

§§ 20 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Satz 1 SGB II; §§ 28 Abs. 1, 28a Abs. 1 Satz 1 SGB XII; § 5 Abs. 1 RBEG; §§ 3 Abs. 1 Satz 1, 48 Abs. 1 Satz 1 AufenthG

Die Kosten für die Beschaffung eines Passes sind auch für ausländische Arbeitslosengeld II-Bezieher vom Regelbedarf grundsätzlich umfasst.

BSG, Urt. v. 12. 9. 2018 – B 4 AS 33/17 R –

*Breith. 2019, 859*

§ 21 Abs. 3 SGB II s. §§ 3, 6 Abs. 1, 9 Abs. 1 AsylbLG

*Breith. 2019, 784*

§ 22 Abs. 3 SGB II

Betriebskostenguthaben waren bis zur Rechtsänderung zum 1. 8. 2016 auch dann zu berücksichtigen, wenn die Unterkunftskosten nur teilweise als angemessener

Bedarf anerkannt waren und die Leistungsempfänger deshalb die abgerechneten Betriebskostenvorauszahlungen auch aus eigenen Mitteln bzw. den Regelbedarfsanteilen erbracht haben.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 7. 9. 2018 – L 4 AS 312/18 NZB – *Breith. 2019, 173*

§§ 31a Abs. 2 Satz 1, 44a Abs. 6 Satz 4 SGB II; § 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG

1. Dem kommunalen Träger steht aus § 44a Abs. 6 Satz 4 SGB II ein Klagerecht zu. Richtige Klageart ist die Feststellungsklage gem. § 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG gerichtet auf die gerichtliche Feststellung des Umfangs der Hilfebedürftigkeit in konkreten Einzelfällen der Leistungsgewährung.

2. Die abstrakte Überprüfung der Fachlichen Hinweise der Agentur für Arbeit an das Jobcenter für die SGB II-Fallbearbeitung kann nicht zulässiger Gegenstand einer Klage nach § 44a Abs. 6 Satz 4 SGB II sein. Eine solche Überprüfung verwaltungsinterner Vorschriften kennt das SGG nicht.

3. Ergibt sich die Beanstandung des kommunalen Trägers einzig aus nach seiner Auffassung unzutreffenden Fachlichen Hinweisen, kann ein Feststellungsinteresse für eine Klage nach § 44a Abs. 6 Satz 4 SGB II unter dem Gesichtspunkt der tatsächlichen Präjudizialität angenommen werden.

4. Soweit § 31a Abs. 2 Satz 1 SGB II – erste Stufe der Sanktion bei unter 25-jährigen Personen – sowohl dahingehend ausgelegt werden kann, dass Einkommen und Vermögen auf die KdUH-Bedarfe nach Eintritt des Sanktionsereignisses anzurechnen sind, als auch dahingehend, dass die KdUH unverändert in der vor dem Eintritt des Sanktionsereignisses festgestellten Höhe zu erbringen sind, ist wegen des Ausnahmecharakters von Sanktionen als Eingriff in das grundgesetzlich geschützte Existenzminimum die für den Hilfeempfänger günstigere Auslegungsmöglichkeit zu wählen.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 26. 9. 2018 – L 11 AS 1124/15 –

*Breith. 2019, 339*

§ 34 SGB II; § 161 Abs. 1 Nr. 2 SGB III

1. Ein Verhalten, das die Voraussetzungen für die Minderung eines Leistungsanspruchs nach § 31 SGB II erfüllt, kann, muss aber nicht ein sozialwidriges Verhalten i.S. des § 34 SGB II darstellen.

2. Ein Bescheid der Bundesagentur für Arbeit über das Erlöschen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld I wegen des Eintritts einer (weiteren) Sperrzeit entfaltet im Rahmen der Prüfung eines Ersatzanspruchs bei sozialwidrigem Verhalten nach § 34 SGB II keine Feststellungswirkung.

LSG Baden-Württemberg, Beschl. v. 5. 6. 2018 – L 7 AS 178/16 – *Breith. 2019, 155*

§§ 38 Abs. 1 Satz 1, 40 Abs. 2 Nr. 1 SGB II; § 328 Abs. 3 Satz 2 SGB III; § 37 Abs. 1 SGB X; § 1629a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Altern. 2 BGB

Die Beschränkung der Minderjährigenhaftung setzt weder ein Verschulden des Vertreters des Minderjährigen voraus noch gibt es für ihr Eingreifen eine Bagatellgrenze.

BSG, Urt. v. 28. 11. 2018 – B 14 AS 34/17 R –

*Breith. 2019, 790*

§§ 40 Abs. 2 Nr. 1, 41a SGB II; § 328 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III; §§ 45 Abs. 4, 48 Abs. 4 SGB X

Nach vorläufiger Bewilligung von Arbeitslosengeld II ist bei der abschließenden Entscheidung über den Leistungsanspruch auch nach Inkrafttreten des § 41a Abs. 5 SGB II zum 1. 8. 2016 eine analoge Anwendung der §§ 45 Abs. 4 und 48 Abs. 4 SGB X nicht geboten, sodass die dort vorgesehenen Jahresfrist nicht gilt.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 31. 7. 2018 – L 13 AS 1951/16 – *Breith. 2019, 430*

### Sozialgesetzbuch III – Arbeitsförderung –

§§ 3 Abs. 4, 162 Abs. 1 und 2 SGB III

Zeiten einer Vollzeitbeschäftigung führen nicht zur Erfüllung der spezifischen Anwartschaftszeit für das Teilarbeitslosengeld, wenn zeitgleich keine weitere beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt wird.

BSG, Urt. v. 13. 3. 2018 – B 11 AL 23/16 R –

*Breith. 2019, 72*

§§ 24 Abs. 1, 26 Abs. 2a Satz 1, 142 Abs. 1 SGB III; Art. 5 Buchst. b, Art. 6, Art. 61 Abs. 1 und 2 VO (EG) Nr. 883/2004

Die für die Berücksichtigung von Zeiten der Kindererziehung als Anwartschaftszeit erforderliche Vorversicherungszeit kann auch durch österreichische Versicherungszeiten begründet werden.

BSG, Urt. v. 26. 2. 2019 – B 11 AL 15/18 R –

*Breith. 2019, 959*

§ 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III s. § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V

*Breith. 2019, 20*

§ 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

*Breith. 2019, 132*

§§ 25 Abs. 1 Satz 1, 28a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB III; § 7 Abs. 1 Satz 1 SGB IV

Eine stipendienfinanzierte Forschungstätigkeit, die nach ihrem konkreten Förderzweck nicht in der Absicht der Erzielung von Erwerbseinkommen ausgeübt, sondern ihrerseits erst durch eine altruistische Vermögensübertragung ermöglicht wird, stellt weder eine Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt noch eine selbstständige Tätigkeit dar.

BSG, Urt. v. 28. 6. 2018 – B 5 AL 1/17 R –

*Breith. 2019, 695*

§§ 27 Abs. 1 Nr. 1, 142 Abs. 1 Satz 1, 143 Abs. 1 SGB III

Der Versicherungsfreiheit in der Arbeitslosenversicherung steht nicht entgegen, dass ein sonstiger Beschäftigter einer öffentlich-rechtlichen Anstalt einen Beihilfeanspruch nur aufgrund arbeitsvertraglicher Bezugnahme auf landesrechtliche Beihilfevorschriften hat.

BSG, Urt. v. 26. 2. 2019 – B 11 AL 5/18 R –

*Breith. 2019, 853*

§§ 28a, 150 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 152 Abs. 1 Satz 1 SGB III; Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1, Abs. 4, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG

Bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes von zuvor selbstständig Tätigen und freiwillig Weiterversicherten kann eine während des Elterngeldbezugs aufgenommene

versicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung nicht bei der Ermittlung des Bemessungszeitraums außer Betracht bleiben.

BSG, Urt. v. 21. 6. 2018 – B 11 AL 8/17 R –

*Breith. 2019, 348*

### §§ 38 Abs. 1 Satz 1, 159 Abs. 1 und Abs. 2 SGB III

Die Sperrzeit bei verspäteter Arbeitssuchendmeldung beginnt nicht bereits mit dem Versäumnis dieser Obliegenheit, sondern mit Eintritt der Beschäftigungslosigkeit.

BSG, Urt. v. 13. 3. 2018 – B 11 AL 12/17 R –

*Breith. 2019, 165*

### §§ 59 Abs. 2, 132 Abs. 1 Satz 1 SGB III; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Die Prognose der Bundesanstalt für Arbeit, ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt eines Ausländers sei i.S.v. § 132 Abs. 1 Satz 1 SGB III nicht „zu erwarten“, weil die sog. Gesamtschutzquote bei Asylbewerben aus dem Herkunftsland des Ausländers nicht über 50 % liege, ist jedenfalls im Verfahren auf Gewährung einseitigen Rechtsschutzes (in dem zudem keine sonstigen Besonderheiten des Einzelfalls belastbar für eine hinreichende Bleibeperspektive sprechen) nicht zu beanstanden.

2. Bei einem Ausländer, der sich bereits länger als 15 Monate in Deutschland aufhält, dessen Aufenthalt wegen eines nicht abgeschlossenen Asylverfahrens aber nach § 55 AsylG gestattet ist, begründet die Möglichkeit, dass ihm künftig nach ggf. negativem Abschluss seines Asylverfahrens während einer von ihm absolvierten Ausbildung eine Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 4 AufenthG bzw. nach Abschluss der Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18a AufenthG erteilt wird, keine aktuelle Erwartung eines rechtmäßigen und dauerhaften Aufenthalts i.S.v. § 132 Abs. 1 Satz 1 SGB III.

3. Dass nach § 60a AufenthG geduldete Ausländer gemäß § 59 Abs. 2 SGB III bei einem rechtmäßigen ununterbrochenen Aufenthalt in Deutschland von mindestens 15 Monaten zum förderungsfähigen Personenkreis gehören, Ausländer mit entsprechender Aufenthaltsdauer, deren Aufenthalt während des Asylverfahrens nach § 55 AsylG gestattet ist, bei unterhältiger Gesamtschutzquote von Asylbewerbern ihres Herkunftslandes jedoch nicht, verstößt nicht gegen Art. 3 Abs. 1 GG.

LSG Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 6. 8. 2018 – L 20 AL 74/18 – *Breith. 2019, 46*

### §§ 81 Abs. 1 Satz 2, 144 Abs. 1, 148 Abs. 1 Nr. 7 SGB III

Die privilegierende Regelung zur Minderung der Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes bei beruflicher Weiterbildung findet auch für die Zeit nach dem Ende der Unterrichtsveranstaltungen bis zur Abschlussprüfung einer geförderten Maßnahme Anwendung, wenn ein enger zeitlicher und organisatorischer Zusammenhang besteht.

BSG, Urt. v. 3. 5. 2018 – B 11 AL 6/17 R –

*Breith. 2019, 262*

### §§ 150 Abs. 1 Satz 1, 151 Abs. 1 Satz 1 SGB III; § 7 Abs. 1 Satz 1 SGB IV

Das während einer unwiderruflichen Freistellung gezahlte und abgerechnete Arbeitsentgelt ist in die Bemessung des Arbeitslosengeldes einzubeziehen (Aufgabe von BSG, Urt. v. 8. 7. 2009 – B 11 AL 14/08 R – SozR 4-4300 § 130 Nr. 6).

BSG, Urt. v. 30. 8. 2018 – B 11 AL 15/17 R –

*Breith. 2019, 530*

§ 161 Abs. 1 Nr. 2 SGB III s. § 34 SGB II *Breith. 2019, 155*

§§ 244 Abs. 4, 346 Abs. 1a SGB III s. §§ 163 Abs. 10, 168 Abs. 1 SGB VI *Breith. 2019, 836*

§ 328 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III s. §§ 40 Abs. 2 Nr. 1, 41a SGB II *Breith. 2019, 430*

§ 328 Abs. 3 Satz 2 SGB III s. §§ 38 Abs. 1 Satz 1, 40 Abs. 2 Nr. 1 SGB II *Breith. 2019, 790*

§ 346 Abs. 3 Satz 1 SGB III s. § 35 Abs. 2 Satz 1 BVG *Breith. 2019, 139*

**Sozialgesetzbuch IV  
– Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung –**

§§ 1 Abs. 1 Satz 1, 7 Abs. 1 SGB IV s. §§ 2 Abs. 1, 125 Abs. 1, 128 Abs. 1, 150 Abs. 1, 168 Abs. 1, 185 Abs. 2 Satz 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 3 SGB VII *Breith. 2019, 820*

§§ 7, 28a SGB IV; § 51 SGG; § 2 ArbGG; § 242 BGB

**Für einen Rechtsstreit, in dem der Kläger gegenüber seinem früheren Arbeitgeber begehrt, ihn für das Beschäftigungsverhältnis zur Sozialversicherung anzumelden, ist der Rechtsweg zur Sozialgerichtsbarkeit gegeben.**

LSG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 13. 8. 2018 – L 5 KR 81/18 B – *Breith. 2019, 76*

§ 7 Abs. 1 SGB IV s. § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V *Breith. 2019, 20*

§ 7 Abs. 1 SGB IV s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2019, 132*

§ 7 Abs. 1 SGB IV; § 1 Satz 1 SGB VI; Art. 3 Abs. 1 GG

**Eine arbeitstherapeutische Tätigkeit im Maßregelvollzug weist nicht die Merkmale einer die Rentenversicherungspflicht begründenden Beschäftigung auf.**

BSG, Urt. v. 4. 9. 2018 – B 12 KR 18/17 R – *Breith. 2019, 579*

§ 7 Abs. 1 SGB IV; § 1 Satz 1 SGB VI; § 1227 Abs. 1 Nr. 1 RVO; § 41 StVollzG; Art. 3 Abs. 1 GG

**Eine arbeitstherapeutische Tätigkeit im Maßregelvollzug weist nicht die Merkmale einer die Rentenversicherungspflicht begründenden Beschäftigung auf.**

BSG, Urt. v. 4. 9. 2018 – B 12 KR 18/17 R – *Breith. 2019, 671*

§ 7 Abs. 1 SGB IV; §§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 2 Satz 1, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII; §§ 662, 665 Satz 1, 670 BGB

**1. Die Feststellung des Beschäftigtenstatus setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden Umstände festgestellt, in ihrer**

Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, d.h. den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei gegeneinander abgewogen werden.

2. Der Abwägungsvorgang ist revisionsgerichtlich daraufhin zu überprüfen, ob entscheidungserhebliche Abwägungsfehler vorliegen, d.h., ob eine Abwägung gänzlich unterblieben ist (Abwägungsausfall), ob abwägungsrelevante Indizien fehlen (Abwägungsdefizit) und ob Indizien bei der Gesamtabwägung unzutreffend berücksichtigt worden sind (Abwägungsfehleinschätzung).

BSG, Urt. v. 6. 9. 2018 – B 2 U 18/17 R –

*Breith. 2019, 485*

§ 7 Abs. 1 SGB IV; §§ 75 Abs. 2, 86a Abs. 3, 86b Abs. 1 SGG

Fitnesstrainer, die neben der Betreuung der Kunden eines Fitnessstudios auch allgemeine Arbeiten für das Studio verrichten und keine nennenswerten Sachmittel einsetzen müssen, stehen diesem gegenüber in einem Beschäftigungsverhältnis.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 2. 5. 2019 –  
L 5 BA 37/19 B ER –

*Breith. 2019, 763*

§§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 Nr. 2, 28h SGB IV; §§ 1 Satz 1 Nr. 1, 157, 159, 161 Abs. 1, 162 Satz 1 Nr. 1, 163 Abs. 1, 168 Abs. 1 Nr. 1, 174 Abs. 1 SGB VI

1. Ob eine unständige Beschäftigung vorliegt, ist als Statusfrage aufgrund einer Prognose zu Beginn der Beschäftigung festzustellen.

2. Nicht als einheitliche Beschäftigung zusammenhängende potenzielle Arbeitseinheiten von zusammen mehr als einer Woche sind jeweils isoliert zu betrachten und schließen mehrere unständige Beschäftigungen nicht aus.

BSG, Urt. v. 14. 3. 2018 – B 12 KR 17/16 R –

*Breith. 2019, 291*

§§ 7 Abs. 1, 14 Abs. 1 Satz 1, 23a Abs. 2 SGB IV; § 96a Abs. 1 und 2 SGB VI;  
§ 48 Abs. 1 SGB X; §§ 7 Abs. 3 und 4, 13 Abs. 1 BUrlG; §§ 134, 275 Abs. 1,  
326 Abs. 1 BGB

1. Im Zusammenhang der Anrechnung von Hinzuverdienst auf eine Rente wegen Erwerbsminderung besteht eine Beschäftigung im leistungsrechtlichen Sinn auch bei dauernder Arbeitsunfähigkeit innerhalb des noch nicht beendeten oder formell zum Ruhen gebrachten Arbeitsverhältnisses fort (Anschluss an BSG, Urt. v. 6. 9. 2017 – B 13 R 21/15 R – BSGE 124, 112 = SozR 4-2600 § 96a Nr. 16).

2. Urlaubsabgeltungen aus einer während des Rentenbezugs fortbestehenden Beschäftigung im leistungsrechtlichen Sinn sind dieser Beschäftigung unabhängig von einem Bezugszeitraum als Entgelt zuzuordnen (Anschluss an BSG, Urt. v. 6. 9. 2017 – B 13 R 21/15 R, a.a.O.).

3. Der Anspruch auf Urlaubsabgeltung ist grundsätzlich der monatlichen Hinzuverdienstgrenze im Zeitpunkt seiner Entstehung gegenüberzustellen; erfolgt eine Zahlung für Mindesturlaub rechtswidrig vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses, ist ausnahmsweise der Monat der Zahlung maßgeblich.

BSG, Urt. v. 26. 4. 2018 – B 5 R 26/16 R –

*Breith. 2019, 582*

§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGB IV s. §§ 150 Abs. 1 Satz 1,  
151 Abs. 1 Satz 1 SGB III

*Breith. 2019, 530*

§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGB IV s. §§ 25 Abs. 1 Satz 1,  
28a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB III

*Breith. 2019, 695*

§ 7a Abs. 6 Satz 1 SGB IV; § 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V; §§ 169, 202 SGG;  
§ 193 Abs. 3 VVG; § 544 Abs. 2 ZPO

1. Die für einen späteren Beginn der Versicherungspflicht aufgrund Beschäftigung notwendige adäquate Absicherung gegen das finanzielle Risiko von Krankheit, die der Art nach den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht, liegt bei einer privaten (Mindest-)Krankheitskostenversicherung nach dem Versicherungsvertragsrecht vor, auch wenn ein Anspruch auf eine mit dem Krankengeld vergleichbare Entgeltersatzleistung nicht besteht.

2. Eine die Versicherungspflicht aufschiebende Absicherung zur Altersvorsorge, die der Art nach den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung entspricht, setzt bei der Mitgliedschaft in einer berufsständischen Versorgungseinrichtung voraus, dass eine Befreiung von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht besteht oder wenigstens Beiträge in Höhe des in der freiwilligen Rentenversicherung maßgebenden Mindestbeitrags entrichtet werden.

3. Die Zustimmung zum späteren Beginn der Versicherungspflicht erstreckt sich auch auf das Recht der Arbeitsförderung.

4. Eine unselbstständige Anschlussrevision, die sich allein auf den von der Revision nicht umfassten Beginn der Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung bezieht, ist trotz unterschiedlicher Streitgegenstände zulässig.

BSG, Urt. v. 7. 6. 2018 – B 12 KR 17/17 R –

*Breith. 2019, 313*

§§ 20 Abs. 2, 28d, 28e Abs. 1, 28p SGB IV s. §§ 163 Abs. 10,  
168 Abs. 1 SGB VI

*Breith. 2019, 836*

§§ 22 Abs. 1 Satz 1, 23a Abs. 1 Satz 1, 25 Abs. 1 Satz 1, 28d Satz 1,  
28e Abs. 1 Satz 1, 28f Abs. 1 und 2, 28p Abs. 1 Satz 1 und 5 SGB IV;  
§ 10 Abs. 4 AÜG

1. Die aus dem Gleichstellungsgrundsatz des Arbeitnehmerüberlassungsrechts („equal pay“) für Leiharbeiter resultierenden Lohnansprüche betreffen nicht einmalig zu zahlendes Arbeitsentgelt und unterliegen nach dem Entstehungsprinzip der Beitragspflicht.

2. Die Aufzeichnungspflicht des Arbeitgebers ist verletzt, wenn er Lohnunterlagen nicht oder unzureichend führt oder seine Dokumentationen im Rahmen der Betriebsführung nicht vorlegt.

3. Die Schätzung der Lohndifferenz zwischen Leiharbeitnehmern und Beschäftigten außerhalb der Leiharbeitsbranche ist nicht zu beanstanden, wenn sie auf sorgfältig ermittelten Tatsachen gründet und nachvollziehbar ist, weil sie insbesondere nicht gegen Denkgesetze und Erfahrungssätze verstößt (Anschluss an BSG, Urt. v. 16. 12. 2015 – B 12 R 11/14 R – Breith. 2017, 224 = BSGE 120, 209 = SozR 4-2400 § 28p Nr. 6).

BSG, Urt. v. 4. 9. 2018 – B 12 R 4/17 R –

*Breith. 2019, 769*

## §§ 24 Abs. 1 und 2, 28e SGB IV; § 276 BGB

1. Die Säumniszuschläge auslösende Kenntnis von der Beitragspflicht liegt vor, wenn der Arbeitgeber die seine Beitragsschuld begründenden Tatsachen kennt und zumindest als Parallelwertung in der Laiensphäre nachvollzieht, dass eine Beschäftigung vorliegt, die Beitragspflicht nach sich zieht.

2. Die fehlende Kenntnis von der Zahlungspflicht ist dann nicht unverschuldet, wenn dem Arbeitgeber wenigstens bedingter Vorsatz vorzuwerfen ist.

3. Säumniszuschläge sind ab Eintritt der Kenntnis oder verschuldeten Unkenntnis von der Beitragspflicht zu erheben.

BSG, Urt. v. 12. 12. 2018 – B 12 R 15/18 R –

*Breith. 2019, 933*

## § 25 SGB IV s. §§ 184 Abs. 1 und 2 Satz 1, 233 Abs. 1, 277 Satz 1 SGB VI

*Breith. 2019, 841*

## § 27 Abs. 2 Satz 1 SGB IV; § 227 Abs. 1 ZPO

1. Ist einem früheren Terminverlegungsantrag aus beruflich bedingtem Verhinderungsgrund bereits einmal stattgegeben und der Kläger rechtzeitig über einen neuen Verhandlungstermin informiert worden, muss das Gericht über einen erneuten Verlegungsantrag einen Tag vor dem neuen Verhandlungstermin wegen beruflicher Verhinderung nicht vorab entscheiden oder dem Betroffenen einen Hinweis geben, dass der Verhandlungstermin stattfinden werde.

2. Die Erhebung der Verjährungseinrede nach § 27 Abs. 2 Satz 1 SGB IV bedarf der Ermessensbetätigung durch den Sozialleistungsträger.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 14. 12. 2017 – L 5 KR 11/16 –

*Breith. 2019, 84*

## §§ 35a Abs. 6a Sätze 1 bis 3, 69 Abs. 2, 87 Abs. 1 Satz 2, 90 Abs. 1 Satz 1 SGB IV; § 4 Abs. 1 und 4 SGB V; §§ 54 Abs. 2, 75 Abs. 2 SGG; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Die Aufsichtsbehörde hat über die Angemessenheit der Vergütung eines Krankenkassenvorstands nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden und hierzu normkonkretisierend Ermessenskriterien vorab in Verwaltungsvorschriften festzulegen.

2. Die Vergütung hat in angemessenem Verhältnis zum Aufgabenbereich des Vorstandsmitglieds, zur Größe des Vorstands und zur Bedeutung der Körperschaft zu stehen, die sich insbesondere aus ihrer Mitgliederzahl ergibt.

BSG, Urt. v. 20. 3. 2018 – B 1 A 1/17 R –

*Breith. 2019, 103*

Sozialgesetzbuch V  
– Gesetzliche Krankenversicherung –

## §§ 1 Satz 2, 2 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 2, 27 Abs. 1 Satz 1 und 2, 33 Abs. 1, 4 und 5, 139 Abs. 2 Satz 3 SGB V s. § 31 SGB I

*Breith. 2019, 15*

## §§ 2 Abs. 1 und Abs. 1a, Abs. 2 Satz 3, 12 Abs. 1, 13 Abs. 3 Alt. 2, Abs. 3a, Abs. 4, 27 Abs. 1, 39 Abs. 1, 79 Abs. 1, 137c Abs. 1 und Abs. 3 SGB V; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Entscheidet eine Krankenkasse verzögert über einen Widerspruch ihres Versicherten gegen die fristgerechte Ablehnung seines Antrags auf Krankenbehandlung, gilt der Antrag nicht als genehmigt.

2. Versicherte haben als Regelleistung keinen Anspruch auf stationäre Krankenhausbehandlung mit Methoden, die lediglich das Potenzial einer erforderlichen Behandlungsalternative bieten.

BSG, Urt. v. 24. 4. 2018 – B 1 KR 10/17 R –

*Breith. 2019, 561*

§§ 2 Abs. 1 und Abs. 1a, 12 Abs. 1, 27 Abs. 1, 31 Abs. 1, 35c Abs. 1 und Abs. 2, 92 Abs. 1 SGB V; § 21 Abs. 1 AMG; Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1, Art. 20 Abs. 1 GG

Die für die grundrechtsorientierte Auslegung des Leistungsrechts erforderliche lebensbedrohliche Erkrankung setzt voraus, dass sich der voraussichtlich tödliche Krankheitsverlauf innerhalb eines kürzeren, überschaubaren Zeitraums mit großer Wahrscheinlichkeit nach den konkreten Umständen des Falles verwirklichen wird.

BSG, Urt. v. 20. 3. 2019 – B 1 KR 4/17 R –

*Breith. 2019, 719*

§§ 2 Abs. 1 Satz 1, 12 Abs. 1, 39 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2, 70 Abs. 1, 73 Abs. 2 Satz 1, 92 Abs. 1 Satz 2, 109 Abs. 4, 112 Abs. 1 und Abs. 2, 115a Abs. 1 SGB V

1. Versicherte haben auch ohne vertragsärztliche Verordnung (Krankenhauseinweisung) Anspruch auf erforderliche Krankenhausbehandlung.

2. Der Anspruch zugelassener Krankenhäuser auf Vergütung erforderlicher, wirtschaftlicher Krankenbehandlung Versicherter besteht auch dann, wenn keine Krankenhauseinweisung erfolgt.

BSG, Urt. v. 19. 6. 2018 – B 1 KR 26/17 R –

*Breith. 2019, 461*

§§ 2 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 1a, 13 Abs. 3 Satz 1, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 135 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V

1. Versicherte können unter den Voraussetzungen grundrechtsorientierter Leistungsauslegung auch noch nicht allgemein anerkannte Untersuchungsmethoden beanspruchen, um Therapieentscheidungen vorzubereiten.

2. Eine spürbare positive Einwirkung auf den Krankheitsverlauf kann auch darin liegen, die lebensbedrohlichen Risiken von Therapieoptionen abzuklären.

BSG, Urt. v. 24. 4. 2018 – B 1 KR 29/17 R –

*Breith. 2019, 202*

§§ 2 Abs. 1 Satz 3, 12 Abs. 1, 13 Abs. 3 und 3a, 27 Abs. 1 Satz 2, 39 SGB V; §§ 26 Abs. 1, 33 Abs. 1 SGB X; §§ 188 Abs. 2, 193 BGB

Ein Versicherter hat gegen seine Krankenkasse, die eine fiktiv genehmigte Krankenhausbehandlung rechtswidrig ablehnt, Anspruch auf Erstattung der Kosten, die ihm aufgrund privater Selbstbeschaffung im Ausland entstehen.

BSG, Urt. v. 11. 9. 2018 – B 1 KR 1/18 R –

*Breith. 2019, 633*

§§ 2 Abs. 2 Satz 3, 13 Abs. 4 und 5, 27, 63, 64, 69 Abs. 1, 75 Abs. 1, 76 Abs. 1, 194 Abs. 1, 197b Satz 1 und 2 SGB V; §§ 421, 426, 812 BGB

Lassen sich Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung bei einer Erkrankung im Ausland zulasten einer privaten Krankenversicherung behandeln, hat diese keinen Zahlungsanspruch gegen die Krankenkasse.

BSG, Urt. v. 11. 9. 2018 – B 1 KR 7/18 R –

*Breith. 2019, 804*

§ 4 Abs. 1 und 4 SGB V s. §§ 35a Abs. 6a Sätze 1 bis 3,  
69 Abs. 2, 87 Abs. 1 Satz 2, 90 Abs. 1 Satz 1 SGB IV

*Breith. 2019, 103*

§§ 4 Abs. 4, 106 Abs. 5 Satz 2 SGB V s. § 144 Abs. 1 und 2 SGG *Breith. 2019, 866*

§ 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V; § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III; § 7 Abs. 1 SGB IV;  
§ 1 Satz 1 SGB VI; § 20 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB XI

Bühnenkünstler stehen nicht in einer abhängigen Beschäftigung, wenn sich die Tätigkeit im Wesentlichen im Bühnenauftritt erschöpft und lediglich Rahmenvorgaben hinsichtlich Ort und Zeit der Aufführung sowie des „groben“ Inhalts der Darbietung, innerhalb derer die übernommene Dienstleistung zu erbringen ist, zu beachten sind (Anschluss an BSG, Urt. v. 20. 3. 2013 – B 12 R 13/10 R – SozR 4-2400 § 7 Nr. 19).

BSG, Urt. v. 14. 3. 2018 – B 12 KR 3/17 R –

*Breith. 2019, 20*

§§ 5 Abs. 1 Nr. 2a und Nr. 13 Buchst. a, 173 Abs. 1, 174 Abs. 5, 175, 186 Abs. 10,  
190 Abs. 13 SGB V

Versicherungspflichtige dürfen, wenn ihre Mitgliedschaft nach Ablauf der Mindestbindungsfrist kraft Gesetzes endet, ohne Kündigung eine Krankenkasse wählen, auch wenn sich ein neuer Versicherungspflichttatbestand unmittelbar anschließt.

BSG, Urt. v. 11. 9. 2018 – B 1 KR 10/18 R –

*Breith. 2019, 545*

§ 5 Abs. 1 Nr. 9 SGB V; § 20 Abs. 1 Nr. 9 SGB XI; Art. 3 Abs. 1 GG

Promotionsstudenten, die nach erfolgreichem Abschluss eines Hochschulstudiums ein Promotionsstudium aufnehmen, unterliegen nicht als Studenten der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung.

BSG, Urt. v. 7. 6. 2018 – B 12 KR 15/16 R –

*Breith. 2019, 184*

§§ 6 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 Satz 2, 190 Abs. 3 SGB V; §§ 3 und 6 Abs. 1  
MuSchG

Bei der am Ende eines Kalenderjahres anzustellenden Prognose hinsichtlich des im nächsten Kalenderjahr zu erwartenden Jahresarbeitsentgelts ist der Entgeltausfall infolge mutterschutzrechtlicher Beschäftigungsverbote zu berücksichtigen.

BSG, Urt. v. 7. 6. 2018 – B 12 KR 8/16 R –

*Breith. 2019, 99*

§§ 12, 31 Abs. 3 Satz 4, 35 Abs. 1 bis 7, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 SGB V;  
§ 31 Satz 2 SGB X; §§ 54 Abs. 1 Satz 1 und 2, 75 Abs. 2 SGG; Art. 3 Abs. 1,  
Art. 12 Abs. 1 GG

1. Zu einem Klageverfahren, das sich gegen die Festsetzung eines Festbetrags durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen richtet, ist der Gemeinsame Bundesausschuss nicht notwendig beizuladen, wenn an der Rechtmäßigkeit der von diesem durchzuführenden ersten Stufe des Festbetragsfestsetzungsverfahrens (Gruppenbildung und Ermittlung der Vergleichsgrößen) keine Zweifel bestehen.

2. Pharmazeutischen Unternehmen steht die Klagebefugnis gegen eine Festbetragsfestsetzung grundsätzlich im Hinblick auf das ihnen gesetzlich eingeräumte Recht

zur Stellungnahme sowie ihr Recht auf gleiche Teilhabe an einem fairen Wettbewerb zu (Fortführung von BSG, Urt. v. 1.3.2011 – B 1 KR 7/10 R – BSGE 107, 261 = SozR 4-2500 § 35 Nr. 5 und BSG, Urt. v. 24. 11. 2004 – B 3 KR 23/04 R – BSGE 94, 1 = SozR 4-2500 § 35 Nr. 3).

3. Eine mit der Herabsetzung des Festbetrags auf der zweiten Stufe des Verfahrens verbundene Wettbewerbsverzerrung kommt nur in Betracht, wenn der neue Festbetrag nicht mit den Marktrealitäten in Übereinstimmung zu bringen, eine wirtschaftliche Preisgestaltung nicht möglich ist und sich die Anbieter deshalb so weit vom Markt zurückziehen, dass dadurch eine Einschränkung des Preiswettbewerbs zu befürchten ist.

BSG, Urt. v. 3. 5. 2018 – B 3 KR 9/16 R –

*Breith. 2019, 379*

§§ 12 Abs. 1, 20d, 20i, 23 Abs. 9, 72 Abs. 2, 73 Abs. 2 Satz 1, 82 Abs. 1, 89, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 15, 95 Abs. 3 Satz 3, 106 Abs. 2 Nr. 2 Satz 4, 132e Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB V; § 48 BMV-Ä

1. Die Krankenkassen und ihre Verbände können durch Verträge mit den Kassenärztlichen Vereinigungen die Versorgung der Versicherten mit Impfleistungen in den Strukturen des vertragsärztlichen Versorgungssystems regeln, obwohl der Sicherstellungsauftrag für die Versorgung mit Impfleistungen seit dem 1. 4. 2007 bei den Krankenkassen und nicht bei den Kassenärztlichen Vereinigungen liegt.

2. Die Rechtmäßigkeit eines Regresses wegen der Verordnung von Impfstoff, der tatsächlich wegen fehlender Nachfrage der Versicherten nicht genutzt worden ist, hängt auch davon ab, ob der Vertragsarzt zum Zeitpunkt der Verordnung die ihm möglichen Sicherungen zur Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgebots getroffen hat.

BSG, Urt. v. 21. 3. 2018 – B 6 KA 31/17 R –

*Breith. 2019, 5*

§§ 12 Abs. 1, 33 Abs. 1 Satz 1, 92 Abs. 1, 135 Abs. 1 SGB V

Versicherte, die aufgrund eines Schlaganfalls an einer Gangstörung leiden, haben Anspruch auf das Fußhebersystem Bioness L 300 oder ein gleichwertiges kabelloses Fußhebersystem mit Neurostimulation, wenn die Versorgung dem unmittelbaren Ausgleich der Behinderung dient.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 28. 6. 2018 – L 5 KR 183/17 –

*Breith. 2019, 89*

§§ 12 Abs. 1, 35a Abs. 1 und 3, 91 Abs. 4 Satz 1, 92 Abs. 1 und 2, 130b Abs. 1 bis 5, 7, 9 SGB V; § 35 Abs. 1 Satz 2 SGB X; Art. 12 Abs. 1 GG

1. Erkennt der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) bei der frühen Nutzenbewertung eines erstattungsfähigen Arzneimittels mit neuen Wirkstoffen einen Zusatznutzen nur für einzelne Patiententeilgruppen an, steht die Festlegung eines einheitlich für alle Patientengruppen geltenden Erstattungsbetrags (sog. Mischpreis) in Einklang mit geltendem Recht.

2. Für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen, für die der GBA in einem Beschluss zur frühen Nutzenbewertung einen Zusatznutzen für mindestens eine Teilgruppe der Patienten bejaht hat, gilt bei der Festlegung des Erstattungsbetrags nicht die Obergrenze der für eine zweckmäßige Vergleichstherapie anfallenden Kosten.

3. Die monetäre Bewertung eines anerkannten Zusatznutzens ist grundsätzlich nicht durch eine bestimmte Relation zu den Kosten der zweckmäßigen Vergleichstherapie vorgegeben.

4. Die Schiedsstelle zur Festlegung der Erstattungsbeträge für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen ist in ihrer Prognose, dass die Vertragsärzte ein Arzneimittel in einem bestimmten Umfang überproportional häufig Patienten verordnen werden, die einer Gruppe mit festgestelltem Zusatznutzen zuzuordnen sind, nicht durch die Einschätzung des GBA zum Patientenaufkommen gebunden.

BSG, Urt. v. 4. 7. 2018 – B 3 KR 20/17 R –

*Breith. 2019, 643*

§§ 26, 69 Abs. 1 Satz 3, 82 Abs. 1, 87 Abs. 1, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3, 112 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 117 Abs. 1, 120 Abs. 2 Satz 1 und 2, 121, Abs. 2 und 3 SGB V; §§ 315 Abs. 3 Satz 2, 316 BGB

Der Vertrag zwischen einer Hochschulklinik und den Verbänden der Krankenkassen in ihrem Sitzland ist grundsätzlich für alle Krankenkassen verbindlich, deren Versicherte in der Hochschulambulanz der Klinik behandelt werden.

BSG, Urt. v. 16. 5. 2018 – B 6 KA 45/16 R –

*Breith. 2019, 370*

§§ 34 Abs. 6 Satz 3 und 7, 129, 130a Abs. 1, Abs. 4 Satz 1 bis 8 SGB V; § 20 SGB X; § 103 SGG; Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1, Art. 19 Abs. 4, Art. 20 Abs. 3 GG; Art. 4 RL (EWG) Nr. 105/89; Art. 26 Abs. 2, 107 Abs. 1 und 3c AEUV

1. Die in der Gewährung einer Ausnahme von der Erhebung des Arzneimittel-Hersterrabatts liegende ungleiche Privilegierung eines Unternehmens ist nur gerechtfertigt und mit EU-Recht vereinbar, wenn eine auf der gesetzlichen Rabattregelung beruhende existenzgefährdende finanzielle Belastung dargelegt wird, die nicht durch unternehmensinterne Maßnahmen abgewendet werden kann.

2. Bei einer GmbH, deren Alleingesellschafter zugleich der Geschäftsführer ist und die über Beschäftigte nicht verfügt, wird eine auf der gesetzlichen Rabattregelung beruhende existenzgefährdende finanzielle Belastung der GmbH durch einen bilanzierten Verlust nicht hinreichend dargelegt, wenn die erwirtschafteten Erträge bei einer angemessenen Vergütung des Geschäftsführers zu einer positiven GmbH-Bilanz geführt hätten.

3. Dem Gesetzgeber ist es von Verfassungs wegen nicht versagt, Vorschriften zur Arzneimittelpreisregulierung zu erlassen und die Arzneimittelpreise in Deutschland an das europäische Preisniveau anzupassen, auch wenn dies das gerade in der Nutzung solcher Handelsspannen liegende Geschäftsmodell der Arzneimittelimporteure beeinträchtigt.

4. Die Pflicht des Antragstellers, die besonderen Gründe für das Vorliegen eines Ausnahmefalls hinreichend darzulegen, beschränkt die Amtsermittlungspflichten der zuständigen Behörde und der Gerichte.

BSG, Urt. v. 25. 10. 2018 – B 3 KR 10/16 R –

*Breith. 2019, 881*

§§ 40 Abs. 2 Satz 1, 44, 46, 47b, 49 Abs. 1 SGB V; §§ 12 Abs. 1 Nr. 2, 15 SGB VI; §§ 14 Abs. 1, 2 und 4 SGB IX; §§ 42 Satz 1, 48 Abs. 1 Satz 1, 102, 103, 104, 105 SGB X

1. Bewilligt ein erstangegangener Rehabilitationsträger in Bejahung seiner Zuständigkeit einen Antrag auf Leistungen zur Teilhabe, bleibt er im Außenverhältnis

zum Leistungsberechtigten jedenfalls bis zur vollständigen Erfüllung der Leistungspflicht hierfür zuständig, auch wenn sich danach die Innenzuständigkeit im Erstattungsverhältnis zu einem anderen Träger ändert.

2. Bewilligt ein erstangegangener Rehabilitationsträger einen Antrag auf Leistungen zur Teilhabe und verliert er danach vor Erfüllung der Leistungspflicht im Innenverhältnis zu einem anderen Träger seine Primärzuständigkeit, begründet dies im Erstattungsverhältnis zum anderen Träger eine nachrangige Zuständigkeit.

BSG, Urt. v. 11. 9. 2018 – B 1 KR 6/18 R – *Breith. 2019, 897*

§ 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V s. § 7a Abs. 6 Satz 1 SGB IV *Breith. 2019, 313*

§§ 72 Abs. 1 Satz 2, 95 Abs. 1 Satz 1 und 3, Abs. 1a Satz 1 und 2 SGB V;  
§ 39 Abs. 2 SGB X; § 131 Abs. 1 Satz 3 SGG; Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 GG

Ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) kann nicht Gründer eines weiteren MVZ sein.

BSG, Urt. v. 16. 5. 2018 – B 6 KA 1/17 R – *Breith. 2019, 469*

§ 79 Abs. 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, 85 Abs. 4 SGB V; §§ 134, 398, 399, 402 BGB;  
§ 203 Abs. 1 StGB; Art. 12 Abs. 1 GG

1. Abtretungsvereinbarungen über vertrags(zahn)ärztliches Honorar sind auch dann nicht generell nichtig, wenn die Versicherten, die in der Praxis behandelt worden sind, nicht zugestimmt haben.

2. Die Kassen(zahn)ärztliche Vereinigung darf die Abtretung der Honorarforderungen ihrer Mitglieder nicht in der Weise einschränken, dass nur an Kreditinstitute abgetreten werden darf.

BSG, Urt. v. 27. 6. 2018 – B 6 KA 38/17 R – *Breith. 2019, 552*

§§ 82 Abs. 1, 87 Abs. 1 Satz 2, § 98 Abs. 2, 106a Abs. 2 Satz 1 SGB V;  
§§ 24 Abs. 5, 32 Abs. 1 Satz 1 Ärzte-ZV; §§ 1a Nr. 14a, 15 Abs. 4,  
25 Abs. 3 BMV-Ä

Eine Laborgemeinschaft, die zur Direktabrechnung der Analysekosten für allgemeine Laboratoriumsuntersuchungen gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung verpflichtet ist, liegt auch vor, wenn mehrere Vertragsärzte dasselbe Labor jeweils für einen gewissen Zeitraum zur Erbringung solcher Leistungen nutzen.

BSG, Urt. v. 8. 8. 2018 – B 6 KA 24/17 R – *Breith. 2019, 812*

§§ 85 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 4e Satz 1, 95d Abs. 3 und Abs. 6 SGB V;  
§§ 812 Abs. 1, 818 Abs. 2 BGB

1. Kürzt eine Kassen(zahn)ärztliche Vereinigung die Honoraransprüche von Vertrags(zahn)ärzten wegen Verletzung der Fortbildungspflicht, kann der Krankenkasse ein öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch aufgrund zu viel gezahlter Gesamtvergütung zustehen, wenn diese nach Einzelleistungen berechnet wird.

2. Ein Erstattungsanspruch ist ausgeschlossen, wenn die Summe der von der Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigung mit Rechtsgrund gezahlten Einzelleistungsvergütungen den für die Krankenkasse vereinbarten Höchstbetrag des Ausgabenvolumens übersteigt.

BSG, Urt. v. 27. 6. 2018 – B 6 KA 60/17 R – *Breith. 2019, 728*

§§ 87b Abs. 1, 2 und 4 SGB V; Kap. 32 EBM-Ä

Die verbindliche Vorgabe einer bundeseinheitlichen Abstaffelungsquote für die Vergütung von Leistungen und Kostenpauschalen der Labormedizin durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung ist rechtmäßig.

BSG, Urt. v. 8. 8. 2018 – B 6 KA 26/17 R –

*Breith. 2019, 904*

§§ 95 Abs. 1a Satz 1, 311 Abs. 2 SGB V

Wechselt die Trägerschaft einer ärztlich geleiteten kommunalen Gesundheitseinrichtung zu einer freigemeinnützigen Organisation, entfällt die Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung.

BSG, Urt. v. 21. 3. 2018 – B 6 KA 46/16 R –

*Breith. 2019, 285*

§§ 95 Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 6 Satz 1, 103 Abs. 3a, Abs. 4, Abs. 4a Satz 3, Abs. 4b Satz 2, Abs. 4c Satz 1, Abs. 6 Satz 2 SGB V; Art. 12 Abs. 1 GG

1. Für die Frage, ob eine für die Nachbesetzung eines Vertragsarztsitzes in einer Berufsausübungsgemeinschaft fortführungsfähige Praxis besteht, ist auf die Berufsausübungsgemeinschaft als Ganzes und nicht auf den einzelnen Arzt abzustellen.

2. Bei der Entscheidung über die Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens für einen Vertragsarztsitz in einer Berufsausübungsgemeinschaft sind die schutzwürdigen Interessen der verbliebenen Mitglieder zu berücksichtigen.

BSG, Urt. v. 27. 6. 2018 – B 6 KA 46/17 R –

*Breith. 2019, 737*

§§ 106a [a.F.], 106d [n.F.] SGB V s. GOP 0100 EBM-Ä

*Breith. 2019, 361*

§§ 109 Abs. 4 Satz 3, 112 Abs. 1 und 2 Satz 1 Nr. 1, 301 Abs. 2 SGB V;

§§ 1 Abs. 1, 6 Abs. 1, 7 Abs. 1, 9 Abs. 1 KHEntgG; § 17b Abs. 1 und Abs. 7 KHG

Gibt ein Krankenhaus einem Patienten Zytostatika in teilstationären Aufenthalten, die quartalsweise zu einem Behandlungsfall zusammenzuführen sind, darf es nur die Summe der Medikamentengaben im Quartal kodieren.

BSG, Urt. v. 19. 6. 2018 – B 1 KR 30/17 R –

*Breith. 2019, 279*

§ 121 Abs. 2 und 3 SGB V

1. Ein im Krankenhaus angestellter Chefarzt, der gleichzeitig mit einem hälftigen Versorgungsauftrag an der vertragsärztlichen Versorgung teilnimmt, ist nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 BDO-KVB grundsätzlich verpflichtet, am allgemeinen ärztlichen Bereitschaftsdienst teilzunehmen.

2. Ein Anspruch auf Befreiung nach § 14 BDO-KVB ergibt sich nicht aus der Verpflichtung, am stationären und ambulanten Bereitschaftsdienst der Klinik teilzunehmen. Der Arzt ist insoweit nicht mit einem Belegarzt, der im Rahmen der vertragsärztlichen Versorgung tätig wird, zu vergleichen.

Bay. LSG, Urt. v. 16. 1. 2019 – L 12 KA 53/18 –

*Breith. 2019, 457*

§§ 124 Abs. 2 Satz 1, Abs. 4 Satz 1, Abs. 5, 125 Abs. 1 und 2 SGB V; Art. 12 Abs. 1 GG

Die Erweiterung der Zulassung eines in Einzelpraxis tätigen Heilmittelerbringers um eine Fachkraft darf nicht mangels eines dafür vorzuhaltenden zusätzlichen Be-

handlungsraums abgelehnt werden, wenn die Fachkraft ausschließlich Leistungen im Rahmen von Hausbesuchen im Umfang von bis zu 20 Wochenstunden erbringen soll.

BSG, Urt. v. 20. 12. 2018 – B 3 KR 2/17 R –

*Breith. 2019, 713*

§§ 129 Abs. 5c, 217a bis 217f SGB V s. §§ 35 Abs. 4, 38, 39 Abs. 1 SGB I

*Breith. 2019, 189*

§ 135 SGB V; § 86b Abs. 2 SGG

Bei dem Bewegungstrainer „Innowalk“ handelt es sich um ein Hilfsmittel, für dessen Einsatz in der gesetzlichen Krankenversicherung es als einer neuen Behandlungsmethode der positiven Anerkennung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss bedarf.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 20. 8. 2018 – L 5 KR 127/18 B ER –

*Breith. 2019, 1*

§§ 226 Abs. 4, 249 Abs. 4 SGB V s. §§ 163 Abs. 10, 168 Abs. 1 SGB VI

*Breith. 2019, 836*

§ 240 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 5 SGB V; § 57 Abs. 4 Satz 1 SGB XI; Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG

Wird bei der Bemessung der Krankenversicherungsbeiträge nicht nur auf die eigenen Einnahmen des freiwillig Versicherten, sondern zusätzlich auf Einnahmen seines Ehegatten oder Lebenspartners zurückgegriffen, ist es im Rahmen des verfassungsrechtlich verankerten Familienlastenausgleichs geboten, dessen Unterhaltungspflicht sowohl gegenüber gemeinsamen als auch gegenüber nur eigenen nicht familienversicherten Kindern beitragsmindernd zu berücksichtigen.

BSG, Urt. v. 15. 8. 2018 – B 12 KR 8/17 R –

*Breith. 2019, 273*

§ 295 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB V s. § 44 BMV-Ä

*Breith. 2019, 476*

#### Sozialgesetzbuch VI – Gesetzliche Rentenversicherung –

§ 1 Satz 1 SGB VI s. § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V

*Breith. 2019, 20*

§ 1 Satz 1 SGB VI s. § 7 Abs. 1 SGB IV

*Breith. 2019, 579*

§ 1 Satz 1 SGB VI s. § 7 Abs. 1 SGB IV

*Breith. 2019, 671*

§ 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III; § 7 Abs. 1 SGB IV; §§ 62, 103, 128 Abs. 1 Satz 1, 163, 164 Abs. 2 Satz 3 SGG; § 5 Abs. 1 Satz 3 ArbGG; Art. 103 Abs. 1 GG

1. Geschäftsführer einer GmbH, die nicht am Gesellschaftskapital beteiligt sind (sog. Fremdgeschäftsführer), sind ausnahmslos abhängig beschäftigt.

2. Gesellschafter-Geschäftsführer sind aufgrund ihrer Kapitalbeteiligung nur dann selbstständig tätig, wenn sie mindestens 50 v.H. der Anteile am Stammkapital halten oder ihnen bei geringerer Kapitalbeteiligung nach dem Gesellschaftsvertrag eine „echte“/„qualifizierte“ Sperrminorität eingeräumt ist.

3. Eine „echte“/„qualifizierte“ Sperrminorität setzt voraus, dass sie nicht auf bestimmte Angelegenheiten der Gesellschaft begrenzt ist, sondern uneingeschränkt die gesamte Unternehmenstätigkeit umfasst.

4. Außerhalb des Gesellschaftsvertrags (Satzung) zustande gekommene, das Stimmverhalten regelnde Vereinbarungen (Abreden) sind bei der Bewertung der Rechtsmachtverhältnisse nicht zu berücksichtigen.

BSG, Urt. v. 14. 3. 2018 – B 12 KR 13/17 R –

*Breith. 2019, 132*

§§ 1 Satz 1 Nr. 1, 157, 159, 161 Abs. 1, 162 Satz 1 Nr. 1, 163 Abs. 1, 168 Abs. 1 Nr. 1, 174 Abs. 1 SGB VI s. §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 Nr. 2, 28h SGB IV

*Breith. 2019, 291*

§§ 2 Satz 1 Nr. 9, 6 Abs. 1a und Abs. 4 SGB VI

Der Dreijahreszeitraum, für den sog. arbeitnehmerähnliche Selbstständige in der Existenzgründungsphase von der Rentenversicherungspflicht befreit werden können, beginnt unabhängig vom Eintritt der Versicherungspflicht mit der Aufnahme der Tätigkeit, die alle Merkmale des § 2 Satz 1 Nr. 9 SGB VI erfüllt.

BSG, Urt. v. 22. 3. 2018 – B 5 RE 1/17 R –

*Breith. 2019, 226*

§§ 5 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2, 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI s. § 35 Abs. 2 Satz 1 BVG

*Breith. 2019, 139*

§§ 6 Abs. 1 Satz 1 SGB VI; §§ 31 Satz 1, 39 Abs. 2 SGB X; § 55 Abs. 1, 77, 140 Abs. 1 Satz 2, 163, 164 Abs. 2 Satz 3 SGG; §§ 133, 157 BGB; § 417 ZPO

1. Formularbescheide eines für das gesamte Bundesgebiet zuständigen Rentenversicherungsträgers unterliegen einer umfassenden revisionsgerichtlichen Auslegungsbefugnis ohne Bindungen an die Feststellungen des Berufungsgerichts.

2. Der Verwaltungsakt über die Befreiung von der Versicherungspflicht zur gesetzlichen RV in einem derartigen Formularbescheid bezieht sich nicht auf den Beruf als solchen (hier: Bauingenieur), sondern auf die konkret ausgeübte Beschäftigung.

BSG, Urt. v. 13. 12. 2018 – B 5 RE 1/18 R –

*Breith. 2019, 919*

§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; § 31 SGB X; §§ 1, 3 Abs. 1 BRAO; § 133 BGB; § 96 Abs. 1 SGG; Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 GG

1. In ein anhängiges Streitverfahren über die Befreiung von Patentanwälten von der Rentenversicherungspflicht aufgrund einer gleichzeitig ausgeübten abhängigen Beschäftigung werden ungeachtet ihres Bezugs auf dasselbe Versicherungsverhältnis weitere Verwaltungsakte, die im Blick auf den neu erworbenen Status als Syndikuspatentanwalt ergangen sind, nicht kraft Gesetzes einbezogen.

2. Wer als Patentanwalt zugelassen und zugleich rentenversicherungspflichtig beschäftigt ist, kann wegen seiner berufsständischen Versorgung von dieser Beschäftigung nicht von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen RV befreit werden

(Fortführung der st.Rspr. des BSG [Senat] beginnend mit Urtr. v. 3. 4. 2014 – B 5 RE 13/14 R – BSGE 115, 267 = SozR 4-2600 § 6 Nr. 12).

3. Weder kann die in Form einer Beschäftigung ausgeübte Erwerbstätigkeit dem Berufsbild des Patentanwalts/der Patentanwältin zugeordnet werden noch liegt denkbar eine Versicherungspflicht aufgrund derselben Erwerbstätigkeit vor, wenn eine örtliche/sachliche Zuständigkeit des Trägers der berufsständischen Versorgung nur für den Kanzleisitz, nicht aber für den Beschäftigungsort gegeben ist.

BSG, Urtr. v. 28. 6. 2018 – B 5 RE 2/17 R – *Breith. 2019, 401*

§§ 12 Abs. 1 Nr. 2, 15 SGB VI s. §§ 40 Abs. 2 Satz 1, 44, 46, 47b,  
49 Abs. 1 SGB V *Breith. 2019, 897*

§§ 43, 101 Abs. 1 und 1a SGB VI; § 130 Abs. 1 SGG

1. Mit der Erklärung, dem Bezieher einer Rente wegen Erwerbsminderung einen Beförderungsdienst zu bewilligen unter der Bedingung, dass der Ort der Durchführung des Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnisses mehr als 500 Meter von seiner Wohnung entfernt ist, wird die rentenrechtliche Wegeunfähigkeit nicht beseitigt.

2. In einem Grundurteil, mit welchem eine Rente wegen Erwerbsminderung zugesprochen worden ist, sind neben der Festlegung des Leistungsfalls auch Entscheidungen zu dem Beginn und bei einer befristeten Rente auch zu dem Rentenende zu treffen.

LSG Rheinland-Pfalz, Urtr. v. 19. 9. 2018 – L 6 R 62/18 – *Breith. 2019, 40*

§§ 56 Abs. 1 und Abs. 5, 249 Abs. 1, 306 Abs. 1, 307d Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 SGB VI; § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X; Art. 3 Abs. 1 und Abs. 2, Art. 6 Abs. 1, Art. 20 GG

Es verstößt nicht gegen die Verfassung, dass Versicherte mit Anspruch auf Rente am 30. 6. 2014 mit vor dem 1. 1. 1992 geborenen Kindern und Versicherte mit ab dem 1. 1. 1992 geborenen Kindern nicht vollständig gleichgestellt sind.

BSG, Urtr. v. 28. 6. 2018 – B 5 R 12/17 R – *Breith. 2019, 217*

§§ 56 Abs. 4, 67, 149 Abs. 5 Satz 2, 177, 249 Abs. 1 SGB VI;  
§§ 6 Abs. 1 Satz 4 und 5 BeamtVG; Art. 3 Abs. 1 bis 3, Art. 6 Abs. 1 und 2,  
Art. 33 Abs. 5 GG

Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften schließt die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder in der gesetzlichen Rentenversicherung aus, ohne dass es auf die annähernd gleichwertige Berücksichtigung der Kindererziehung in der Beamtenversorgung im Einzelfall ankommt.

BSG, Urtr. v. 10. 10. 2018 – B 13 R 20/16 R – *Breith. 2019, 494*

§ 96a Abs. 1 und 2 SGB VI s. §§ 7 Abs. 1, 14 Abs. 1 Satz 1,  
23a Abs. 2 SGB IV *Breith. 2019, 582*

§§ 163 Abs. 10, 168 Abs. 1 SGB VI; §§ 244 Abs. 4, 346 Abs. 1a SGB III;  
 §§ 20 Abs. 2, 28d, 28e Abs. 1, 28p SGB IV; §§ 226 Abs. 4, 249 Abs. 4 SGB V;  
 §§ 57 Abs. 1, 58 Abs. 2 SGB XI

Die Gesamtsozialversicherungsbeiträge sind nach der Gleitzoneformel zu berechnen, wenn sich das Arbeitsentgelt aufgrund einer Altersteilzeitvereinbarung auf einen Betrag innerhalb der Gleitzone verringert.

BSG, Urt. v. 15. 8. 2018 – B 12 R 4/18 R –

*Breith. 2019, 836*

§§ 184 Abs. 1 und 2 Satz 1, 233 Abs. 1, 277 Satz 1 SGB VI; § 25 SGB IV

1. Die Beiträge für eine Nachversicherung sind gemäß § 184 Abs. 2 Satz 1 SGB VI aufgeschoben, bis die oder der Versicherte aus der nachfolgenden beitragsfreien Beschäftigung mit einer Versorgungsanwartschaft ausscheidet. Die Beurlaubung unter Fortfall der Dienstbezüge ist noch kein Ausscheiden in diesem Sinne.

2. Auch ein öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber/Dienstherr kann sich auf die Verjährung der Beitragsforderung berufen. Die beamtenrechtlichen Fürsorgepflichten führen nicht zu einem Rechtsmissbrauch der Einrede.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 19. 2. 2019 – L 7 R 182/14 –

*Breith. 2019, 841*

### Sozialgesetzbuch VII – Gesetzliche Unfallversicherung –

§§ 1 Nr. 2, 8 Abs. 1, 26 Abs. 1, 27 Abs. 1, 43, 102 SGB VII

1. Der als Wegeunfall anerkannte Versicherungsfall führte nach unfallversicherungsrechtlichen Maßstäben weder unmittelbar noch mittelbar zur (Jahre später eingetretenen) Nierenkrebserkrankung.

2. Nach medizinischen Erkenntnissen ist das Nierenzellkarzinom nicht auf die Jahre zuvor festgestellte (eingeblutete) Nierenzyste zurückzuführen.

Daher besteht auch kein Anspruch auf Erstattung der im Zusammenhang mit der Therapie und Nachsorge des Nierenzellkarzinoms entstandenen Kosten.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 5. 12. 2018 – L 8 U 68/15 –

*Breith. 2019, 297*

§§ 2 Abs. 1, 6 Abs. 1 Satz 1, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII; §§ 128 Abs. 1 Satz 1, 163 Halbs. 1, 170 Abs. 1 Satz 1 SGG

Die Objektivierung der Handlungstendenz als innere Haupttatsache setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Hilfstatsachen (Indizien) in Betracht kommenden Umstände festgestellt, in eine Gesamtschau eingestellt sowie nachvollziehbar und widerspruchsfrei unter- und gegeneinander abgewogen werden.

BSG, Urt. v. 27. 11. 2018 – B 2 U 8/17 R –

*Breith. 2019, 830*

§§ 2 Abs. 1, 8 Abs. 1 und 2 SGB VII

Ein Betriebsweg kann auch von zu Hause angetreten werden, wenn auf konkrete Anordnung des Arbeitgebers unmittelbar mit einer versicherten Tätigkeit begonnen wird.

BSG, Urt. v. 27. 11. 2018 – B 2 U 7/17 R –

*Breith. 2019, 913*

§§ 2 Abs. 1, 125 Abs. 1, 128 Abs. 1, 150 Abs. 1, 168 Abs. 1,  
185 Abs. 2 Satz 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 3 SGB VII; § 31 SGB I;  
§§ 1 Abs. 1 Satz 1, 7 Abs. 1 SGB IV; §§ 133, 157, 780 Satz 1, 781 Satz 1 BGB;  
Art. 107 Abs. 1, 108 Abs. 1 und 3 AEUV

Für die in der gesetzlichen UV angeordnete Beitragsfreiheit der hauptamtlich im Rettungsdienst Beschäftigten besteht kein unionsrechtliches Durchführungsverbot.

BSG, Urt. v. 29. 1. 2019 – B 2 U 21/17 R –

*Breith. 2019, 820*

§§ 2 Abs. 1, 136 Abs. 3 Nr. 1, 150 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB VII; § 31 SGB X;  
§ 539 Abs. 1 Nr. 1 RVO; §§ 75 Abs. 2, 168 Satz 1 SGG

Ein Vorstandsvorsitzender einer Aktiengesellschaft, die auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege oder des Gesundheitswesens tätig ist, ist nicht in der gesetzlichen Unfallversicherung pflichtversichert.

BSG, Urt. v. 20. 3. 2018 – B 2 U 13/16 R –

*Breith. 2019, 25*

§§ 2 Abs. 1 und 2, 8 Abs. 1, 56 Abs. 1 Satz 1, 80a Abs. 1 Satz 1 SGB VII;  
Art. 3 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 GG

Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass der Anspruch auf eine Verletztenrente eines nicht nur vorübergehend mitarbeitenden versicherten Familienangehörigen eines landwirtschaftlichen Unternehmers eine Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht nur von 20 v.H., sondern von mindestens 30 v.H. voraussetzt.

BSG, Urt. v. 20. 3. 2018 – B 2 U 11/17 R –

*Breith. 2019, 31*

§§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 4 Abs. 2 Satz 1, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII  
s. § 7 Abs. 1 SGB IV

*Breith. 2019, 485*

§§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 8 Abs. 1 Satz 2 SGB VII

Entscheidend für den Unfallbegriff sind ein versichertes („äußeres“) Ereignis als Ursache und ein Gesundheits(erst)schaden als Wirkung, wobei dieser sowohl durch eine äußere physische Einwirkung als auch durch äußere psychische Belastungen verursacht werden kann.

Ein versichertes psychisches Trauma kann auch dann vorliegen, wenn betriebsbedingte äußere Umstände beim Versicherten die nachvollziehbare Vorstellung bewirken, in eine Gefahrenlage für sich oder andere verwickelt zu sein.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 19. 4. 2018 – L 6 U 150/14 –

*Breith. 2019, 663*

§§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII; §§ 315,  
1353 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2, 1356 Abs. 2 Satz 2, 1360 Satz 1 BGB;  
Art. 6 Abs. 1 GG

Eine anderweitig vollschichtig beschäftigte Ehefrau kann bei Hilfstätigkeiten in der Gaststätte ihres Ehemanns als Wie-Beschäftigte in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert sein.

BSG, Urt. v. 19. 6. 2018 – B 2 U 32/17 R –

*Breith. 2019, 390*

§§ 2 Abs. 1 Nr. 5 Buchst. a und b, 56 Abs. 1 Satz 1, 80a Abs. 1 Satz 1, 221 Abs. 2 SGB VII; Art. 3 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1, Art. 20 GG

Es ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass der Anspruch auf eine Verletztenrente eines selbstständigen landwirtschaftlichen Unternehmers eine Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht nur von 20 v.H., sondern von mindestens 30 v.H. voraussetzt.

BSG, Urt. v. 20. 3. 2018 – B 2 U 6/17 R –

*Breith. 2019, 114*

§§ 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b, 8 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 2, 106 Abs. 1 SGB VII; Art. 6 Abs. 2 Satz 1, Art. 7 Abs. 1, Art. 34 Satz 1 GG

Während schulisch veranlasster Gruppenarbeiten findet für jedes Gruppenmitglied „Schule“ und damit ein Schulbesuch ausnahmsweise an dem Ort und zu dem Zeitpunkt statt, an dem sich die Gruppe zur Durchführung des Schulprojekts trifft.

BSG, Urt. v. 23. 1. 2018 – B 2 U 8/16 R –

*Breith. 2019, 124*

§§ 2 Abs. 1 Nr. 9, 4 Abs. 3, 136 Abs. 1 Satz 1, 150 Abs. 1 Satz 1 SGB VII; §§ 24 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 3 und 4, 41 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 SGB X; § 163 SGG; Art. 3 Abs. 1, Art. 14 GG

Eine selbstständige Geitheilerin, die eine Praxis für energetische Körperarbeit betreibt, ist als Unternehmerin des Gesundheitswesens versicherungspflichtig.

BSG, Urt. v. 19. 6. 2018 – B 2 U 9/17 R –

*Breith. 2019, 306*

§§ 2 Abs. 2, 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 und 2 SGB VII; §§ 2 Abs. 1, 14 Abs. 4, 19 SGB XI

1. Die nach § 2 Abs. 1 Nr. 17 SGB VII versicherte Tätigkeit umfasst Pflegetätigkeiten im Bereich der Körperpflege und – soweit diese Tätigkeiten überwiegend Pflegebedürftigen zu Gute kommen – Pflegetätigkeiten in den Bereichen der Ernährung, der Mobilität sowie ausdrücklich auch der hauswirtschaftlichen Versorgung (Halbsatz 2 der Vorschrift). Dazu zählt dann auch das Einkaufen.

2. Zum Einkaufen kann auch das Öffnen der Wohnungstür durch die Pflegeperson für einen Mitarbeiter eines Sanitätshauses gehören, mit dem Kauf und Lieferung von Pflegehilfsmitteln besprochen werden sollen.

3. Der Unfallversicherungsschutz erlischt nicht, wenn die Pflegeperson die Möglichkeit realisiert, dass eine andere Person geklingelt haben könnte (z.B. Bettler). Denn dann läge eine sog. gespaltene Handlungstendenz vor (vgl. BSG, Urt. v. 9. 11. 2010 – B 2 U 14/10 R – SozR 4-2700 § 8 Nr. 39 RdNr. 23; BSG, Urt. v. 18. 6. 2013 – B 2 U 7/12 R – SozR 4-2700 § 8 Nr. 48 RdNr. 14).

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 21. 6. 2018 – L 6 U 106/16 –

*Breith. 2019, 757*

§§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1, 56 Abs. 1, 102 SGB VII

1. Die bloße Möglichkeit eines kausalen Zusammenhangs zwischen einem Halswirbelsäulentrauma als Gesundheitserstschaden und einer Schwindelsymptomatik als geltend gemachtem Folgeschaden eines Arbeitsunfalls genügen nicht, um einen Rentenanspruch zu begründen.

2. Es ist im Rahmen der Prüfung der rechtlichen Wesentlichkeit einer behaupteten Ursache unzulässig, aus dem rein zeitlichen Aufeinanderfolgen eines gesundheitlichen Erstschadens und einer später auftretenden psychischen Gesundheitsstörung zu folgern, dass diese wesentlich durch den Unfall verursacht wurde.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 17. 10. 2018 – L 8 U 82/15 – *Breith. 2019, 571*

### §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII

1. Entsteht beim Zurücklegen eines Betriebsweges des Versicherten eine tätliche Auseinandersetzung und lässt sich eine Unterbrechung der versicherten Tätigkeit durch einen Entschluss des Versicherten zum Angriff nicht feststellen, handelt es sich bei einer Verletzung durch die tätliche Auseinandersetzung um einen Arbeitsunfall.

2. Dies ist jedenfalls dann der Fall, wenn die tätliche Auseinandersetzung wesentlich durch betriebliche Motive bedingt war (st.Rspr. des BSG, vgl. dazu: Urt. v. 30. 7. 1968 – 2 RU 91/67 – SozR Nr. 11 zu § 548 RVO).

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 18. 10. 2018 – L 6 U 29/17 – *Breith. 2019, 659*

### §§ 8 Abs. 1, 11 Abs. 1 Nr. 1, 26 ff. SGB VII; § 242 BGB

Gesundheitsschäden aufgrund einer ärztlichen Behandlung sind auch dann mittelbare Unfallfolgen, wenn die Heilbehandlung zwar objektiv der Behebung eines anlagebedingten Leidens dient, der Verletzte aufgrund des Verhaltens eines Durchgangsarztes jedoch den Eindruck haben durfte, die Behandlung solle zur Behebung der durch einen Arbeitsunfall verursachten Gesundheitsschäden durchgeführt werden.

BSG, Urt. v. 6. 9. 2018 – B 2 U 16/17 R – *Breith. 2019, 749*

### § 9 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 5 SGB VII; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Die Berufskrankheit Gonarthrose liegt vor, sobald ihre Diagnosekriterien an einem Knie vorliegen.

2. Erkrankt der Versicherte später auch an dem anderen Knie, so tritt im Regelfall kein zusätzlicher Versicherungsfall ein.

BSG, Urt. v. 20. 3. 2018 – B 2 U 5/16 R – *Breith. 2019, 211*

§ 56 SGB VII s. §§ 67 Abs. 1 bis 3, 156 Abs. 2 Satz 1 SGG *Breith. 2019, 969*

## Sozialgesetzbuch IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen –

### §§ 2 Abs. 1, 69 Abs. 1 und Abs. 3, 152 SGB IX; § 30 Abs. 1 und Abs. 17 BVG

Bei einer Einschränkung der geistigen Leistungsfähigkeit eines Kindes im Schulalter umfasst der GdB nach Teil B, Nr. 3.4.2 VMG das gesamte Spektrum der mit der eingeschränkten geistigen Leistungsfähigkeit verbundenen Teilhabebeeinträchtigungen. Eine Doppelbewertung von geistiger Behinderung und Lernbehinderung ist unzulässig, da regelmäßig eine geistige Behinderung mit einer Lernbehinderung verbunden ist.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 12. 9. 2018 – L 7 SB 53/14 – *Breith. 2019, 329*

§§ 14 Abs. 1, 2 und 4 SGB IX s. §§ 40 Abs. 2 Satz 1, 44, 46, 47b,  
49 Abs. 1 SGB V *Breith. 2019, 897*

§ 14 Abs. 1 und 2 SGB IX; § 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I; § 104 Abs. 1 SGB X;  
§§ 13 Abs. 2, 98 Abs. 2 SGB XII

Eine „Fallübernahme“ durch den eigentlich zuständigen Leistungsträger scheidet im Anwendungsbereich des § 14 SGB IX über die Zuständigkeitsklärung im Rehabilitationsrecht aus.

BSG, Urt. v. 1. 3. 2018 – B 8 SO 22/16 – *Breith. 2019, 421*

§§ 31 Abs. 2, 47 Abs. 2 SGB IX s. § 31 SGB I *Breith. 2019, 15*

§ 69 Abs. 1 Satz 1 SGB IX s. §§ 60 Abs. 1 Satz 1, 65 Abs. 1,  
66 Abs. 1 und 3 SGB I *Breith. 2019, 444*

§ 159 Abs. 7 SGB IX s. § 72 Abs. 5 SGB XII *Breith. 2019, 517*

#### Sozialgesetzbuch X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz –

§ 20 SGB X s. §§ 34 Abs. 6 Satz 3 und 7, 129, 130a Abs. 1,  
Abs. 4 Satz 1 bis 8 SGB V *Breith. 2019, 881*

§ 20 Abs. 1 Satz 1 SGB X; §§ 75 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, Satz 2,  
76 Abs. 2 Satz 1, 77 Abs. 1 Satz 2 und 3, 80 Abs. 3 Satz 1 SGB XII

Überprüft eine sozialhilferechtliche Schiedsstelle die geltend gemachte Vergütung für einen ambulanten Dienst mit den Vergütungen anderer Anbieter, kann sich der Vergleichsraum nur auf das Einzugsgebiet des Sozialhilfeträgers beziehen.

BSG, Urt. v. 25. 4. 2018 – B 8 SO 26/16 R – *Breith. 2019, 682*

§§ 24 Abs. 1, 41, 48 Abs. 1 Satz 2 SGB X s. §§ 1, 3, 4,  
6 Abs. 2 LBliGG LSA *Breith. 2019, 846*

§§ 24 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 3 und 4,  
41 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 SGB X s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 9, 4 Abs. 3,  
136 Abs. 1 Satz 1, 150 Abs. 1 Satz 1 SGB VII *Breith. 2019, 306*

§§ 26 Abs. 1, 33 Abs. 1 SGB X s. §§ 2 Abs. 1 Satz 3, 12 Abs. 1,  
13 Abs. 3 und 3a, 27 Abs. 1 Satz 2, 39 SGB V *Breith. 2019, 633*

§ 31 SGB X s. §§ 2 Abs. 1, 136 Abs. 3 Nr. 1,  
150 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB VII *Breith. 2019, 25*

§ 31 SGB X s. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2019, 401*

§§ 31 Satz 1, 39 Abs. 2 SGB X s. §§ 6 Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2019, 919*

- §§ 31 Satz 1, 67 Abs. 1 Satz 2, 67a SGB X s. §§ 35 Abs. 4, 38, 39 Abs. 1 SGB I *Breith. 2019, 189*
- § 31 Satz 2 SGB X s. §§ 12, 31 Abs. 3 Satz 4, 35 Abs. 1 bis 7, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 SGB V *Breith. 2019, 379*
- § 35 Abs. 1 Satz 2 SGB X s. §§ 12 Abs. 1, 35a Abs. 1 und 3, 91 Abs. 4 Satz 1, 92 Abs. 1 und 2, 130b Abs. 1 bis 5, 7, 9 SGB V *Breith. 2019, 643*
- § 37 Abs. 1 SGB X s. §§ 38 Abs. 1 Satz 1, 40 Abs. 2 Nr. 1 SGB II *Breith. 2019, 790*
- § 39 Abs. 2 SGB X s. §§ 72 Abs. 1 Satz 2, 95 Abs. 1 Satz 1 und 3, Abs. 1a Satz 1 und 2 SGB V *Breith. 2019, 469*
- §§ 42 Satz 1, 48 Abs. 1 Satz 1, 102, 103, 104, 105 SGB X s. §§ 40 Abs. 2 Satz 1, 44, 46, 47b, 49 Abs. 1 SGB V *Breith. 2019, 897*
- § 44 SGB X; Art. 6 Abs. 1 GG
1. Der Regelung des § 2 AsylbLG und damit dem – der Beeinflussung der Aufenthaltsdauer dienenden – Rechtsmissbrauch liegt der Gedanke zugrunde, dass niemand sich auf eine Rechtsposition berufen darf, die er selbst treuwidrig herbeigeführt hat. Die Gesetzesbegründung führt dazu beispielhaft die Vernichtung des Passes und Angabe einer falschen Identität (BT-Drucks. 15/420, S. 121) als typische Fallgestaltungen eines Rechtsmissbrauchs an.
2. Ein aus Art. 6 Abs. 1 GG abzuleitendes Aufenthaltsrecht für volljährige Kinder besteht nur dann, wenn diese ihren Eltern oder dem aufenthaltsberechtigten oder geduldeten Ausländer Unterhalt leisten oder von diesem wesentlich unterhalten werden.
- LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 6. 9. 2018 – L 8 AY 5/14 – *Breith. 2019, 238*
- § 45 SGB X s. GOP 0100 EBM-Ä *Breith. 2019, 361*
- §§ 45 Abs. 4, 48 Abs. 4 SGB X s. §§ 40 Abs. 2 Nr. 1, 41a SGB II *Breith. 2019, 430*
- § 48 SGB X s. §§ 67 Abs. 1 und Abs. 2, 86, 87 Abs. 1 Satz 1, 87 Abs. 2, 90, 91 Abs. 1, 94, 96 Abs. 1 SGG *Breith. 2019, 450*
- § 48 Abs. 1 SGB X s. §§ 7 Abs. 1, 14 Abs. 1 Satz 1, 23a Abs. 2 SGB IV *Breith. 2019, 582*
- § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X s. §§ 56 Abs. 1 und Abs. 5, 249 Abs. 1, 306 Abs. 1, 307d Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 SGB VI *Breith. 2019, 217*
- § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X s. §§ 60 Abs. 1 Satz 1, 65 Abs. 1, 66 Abs. 1 und 3 SGB I *Breith. 2019, 444*
- § 104 Abs. 1 SGB X s. § 14 Abs. 1 und 2 SGB IX *Breith. 2019, 421*

**Sozialgesetzbuch XI**  
– Soziale Pflegeversicherung –

- §§ 2 Abs. 1, 14 Abs. 4, 19 SGB XI s. §§ 2 Abs. 2, 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 und 2 SGB VII *Breith. 2019, 757*
- § 20 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB XI s. § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V *Breith. 2019, 20*
- § 20 Abs. 1 Nr. 9 SGB XI s. § 5 Abs. 1 Nr. 9 SGB V *Breith. 2019, 184*
- §§ 57 Abs. 1, 58 Abs. 2 SGB XI s. §§ 163 Abs. 10, 168 Abs. 1 SGB VI *Breith. 2019, 836*
- § 57 Abs. 4 Satz 1 SGB XI s. § 240 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 5 SGB V *Breith. 2019, 273*
- § 85 Abs. 4 SGB XI; §§ 9 Abs. 2, 61 Abs. 1 und 2, 75 Abs. 3 und 5 SGB XII  
Das sozialhilferechtliche Wunsch- und Wahlrecht einer leistungsberechtigten Person ist nicht durch den sogenannten Mehrkostenvorbehalt beschränkt, wenn sie eine Einrichtung wählt, mit der Pflegetat- bzw. Vergütungsvereinbarungen bestehen.  
BSG, Urt. v. 5. 7. 2018 – B 8 SO 30/16 R – *Breith. 2019, 675*

**Sozialgesetzbuch XII**  
– Sozialhilfe –

- §§ 9 Abs. 2, 61 Abs. 1 und 2, 75 Abs. 3 und 5 SGB XII  
s. § 85 Abs. 4 SGB XI *Breith. 2019, 675*
- §§ 13 Abs. 2, 98 Abs. 2 SGB XII s. § 14 Abs. 1 und 2 SGB IX *Breith. 2019, 421*
- §§ 23 Abs. 1 Satz 1 Satz 4 Satz 5, 27 Abs. 1, 98 Abs. 1 Satz 1 SGB XII  
In Deutschland lebende Ausländer haben nach einem mehr als vier Wochen ununterbrochen andauernden Auslandsaufenthalt keinen Anspruch auf Gewährung eines Regelsatzes als Hilfe zum Lebensunterhalt.  
BSG, Urt. v. 25. 4. 2018 – B 8 SO 20/16 R – *Breith. 2019, 414*
- § 24 Abs. 1 und 3 SGB XII; Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG  
Minderjährigen Deutschen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, kann im Einzelfall Sozialhilfe zur Sicherstellung einer nach den dortigen Verhältnissen angemessenen Schulbildung gewährt werden.  
BSG, Urt. v. 26. 10. 2017 – B 8 SO 11/16 R – *Breith. 2019, 66*
- §§ 28 Abs. 1, 28a Abs. 1 Satz 1 SGB XII s. §§ 20 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Satz 1 SGB II *Breith. 2019, 859*
- § 30 Abs. 3 SGB XII s. §§ 3, 6 Abs. 1, 9 Abs. 1 AsylbLG *Breith. 2019, 784*

§ 72 Abs. 5 SGB XII; § 159 Abs. 7 SGB IX; § 162 SGG; Art. 3 Abs. 1, Art. 31, Art. 72 Abs. 1, Art. 74 GG

1. Eine der Blindheit nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz entsprechend gleich schwere Störung des Sehvermögens liegt auch bei zerebralen Schäden ohne spezifische Sehstörung vor, wenn es insgesamt an der Möglichkeit zur Sinneswahrnehmung „Sehen“ fehlt (Anschluss an BSG, Urt. v. 11. 8. 2015 – B 9 BL 1/14 R = BSGE 119, 224-230 = SozR 4-5921 Art. 1 Nr. 3).

2. Wird der Zweck des Blindengeldes verfehlt, weil aufgrund der typischen Eigenart des Krankheitsbildes ein auszugleichender blindheitsbedingter Mehrbedarf nicht entstehen kann, steht dem zuständigen Leistungsträger der anspruchsverneinende Einwand der Zweckverfehlung zu (Fortentwicklung von BSG, Urt. v. 11. 8. 2015 – B 9 BL 1/14 R = BSGE 119, 224 = SozR 4-5921 Art. 1 Nr. 3).

BSG, Urt. v. 14. 6. 2018 – B 9 BL 1/17 R –

*Breith. 2019, 517*

§§ 75 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, Satz 2, 76 Abs. 2 Satz 1, 77 Abs. 1 Satz 2 und 3, 80 Abs. 3 Satz 1 SGB XII

s. § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB X

*Breith. 2019, 682*

§ 94, 117 SGB XII

Die Rechtmäßigkeit eines Auskunftsverlangens nach § 117 Abs. 1 Satz 1 SGB XII setzt nicht voraus, dass dem Hilfeempfänger der Unterhaltsanspruch tatsächlich und nachweisbar zusteht. Nur wenn ein bürgerlich-rechtlicher Anspruch nach objektivem, materiellen Recht offensichtlich ausgeschlossen ist, ist ein gleichwohl erlassenes, erkennbar sinnloses Auskunftsersuchen aufzuheben (vorliegend verneint).

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 21. 6. 2018 – L 7 SO 1715/16 –

*Breith. 2019, 58*

### Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

§ 10 Abs. 4 AÜG s. §§ 22 Abs. 1 Satz 1, 23a Abs. 1 Satz 1, 25 Abs. 1 Satz 1, 28d Satz 1, 28e Abs. 1 Satz 1, 28f Abs. 1 und 2, 28p Abs. 1 Satz 1 und 5 SGB IV

*Breith. 2019, 769*

### Reichsversicherungsordnung

§ 182 Abs. 1 Nr. 1 RVO s. § 31 SGB I

*Breith. 2019, 15*

§ 539 Abs. 1 Nr. 1 RVO s. §§ 2 Abs. 1, 136 Abs. 3 Nr. 1, 150 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB VII

*Breith. 2019, 25*

§ 1227 Abs. 1 Nr. 1 RVO s. § 7 Abs. 1 SGB IV

*Breith. 2019, 671*

### Mutterschutzgesetz

§§ 3 und 6 Abs. 1 MuSchG

s. §§ 6 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 4 Satz 2, 190 Abs. 3 SGB V

*Breith. 2019, 99*

### Einheitlicher Bewertungsmaßstab für vertragsärztliche Leistungen

**GOP 0100 EBM-Ä; § 37 Satz 1 SGB I; §§ 106a [a.F.], 106d [n.F.] SGB V; § 45 SGB X**

**Eine unvorhergesehene Inanspruchnahme des Vertragsarztes durch den Patienten liegt nicht vor, wenn der Patient das vom Vertragsarzt vorgehaltene Angebot einer Inanspruchnahme während eines Bereitschaftsdienstes annimmt.**

Bay. LSG, Urt. v. 31. 10. 2018 – L 12 KA 93/17 – *Breith. 2019, 361*

**Kap. 32 EBM-Ä s. §§ 87b Abs. 1, 2 und 4 SGB V** *Breith. 2019, 904*

### Bundemantelvertrag-Ärzte

**§§ 1a Nr. 14a, 15 Abs. 4, 25 Abs. 3 BMV-Ä s. §§ 82 Abs. 1, 87 Abs. 1 Satz 2, § 98 Abs. 2, 106a Abs. 2 Satz 1 SGB V** *Breith. 2019, 812*

**§ 44 BMV-Ä; § 295 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB V**

**1. Psychologische Psychotherapeuten sind verpflichtet, die Diagnosen der Patienten im Rahmen der Honorarabrechnung bekannt zu geben.**

**2. Das gilt auch, wenn lediglich probatorische Sitzungen abgerechnet wurden.**

**3. Die Verpflichtung verletzt den psychologischen Psychotherapeuten nicht in seinen Grundrechten.**

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 24. 7. 2018 – L 4 KA 37/16 – *Breith. 2019, 476*

**§ 48 BMV-Ä s. §§ 12 Abs. 1, 20d, 20i, 23 Abs. 9, 72 Abs. 2, 73 Abs. 2 Satz 1, 82 Abs. 1, 89, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 15, 95 Abs. 3 Satz 3, 106 Abs. 2 Nr. 2 Satz 4, 132e Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB V** *Breith. 2019, 5*

### Ärzte-Zulassungsverordnung

**§ 19 Abs. 2 und Abs. 3, § 20 Ärzte-ZV; §§ 78, 79 BVerfGG**

**1. Den Zulassungsgremien steht die Befugnis zu, deklaratorische Entscheidungen über das Ende der Zulassung zu treffen, um Rechtssicherheit darüber herzustellen, ob der Vertragsarzt berechtigt ist, vertragsärztlich tätig zu sein.**

**2. Neben einer vollen Zulassung mit vollem Versorgungsauftrag besteht kein Anspruch auf eine weitere hälftige Zulassung mit halbem Versorgungsauftrag.**

Bay. LSG, Urt. v. 10. 10. 2018 – L 12 KA 10/18 – *Breith. 2019, 177*

**§§ 24 Abs. 5, 32 Abs. 1 Satz 1 Ärzte-ZV s. §§ 82 Abs. 1, 87 Abs. 1 Satz 2, § 98 Abs. 2, 106a Abs. 2 Satz 1 SGB V** *Breith. 2019, 812*

### Arzneimittelgesetz

**§ 21 Abs. 1 AMG s. §§ 2 Abs. 1 und Abs. 1a, 12 Abs. 1, 27 Abs. 1, 31 Abs. 1, 35c Abs. 1 und Abs. 2, 92 Abs. 1 SGB V** *Breith. 2019, 719*

**Krankenhausfinanzierungsgesetz**

§ 17b Abs. 1 und Abs. 7 KHG s. §§ 109 Abs. 4 Satz 3,  
112 Abs. 1 und 2 Satz 1 Nr. 1, 301 Abs. 2 SGB V

*Breith. 2019, 279*

**Krankenhausentgeltgesetz**

§§ 1 Abs. 1, 6 Abs. 1, 7 Abs. 1, 9 Abs. 1 KHEntgG  
s. §§ 109 Abs. 4 Satz 3, 112 Abs. 1 und 2 Satz 1 Nr. 1,  
301 Abs. 2 SGB V

*Breith. 2019, 279*

**Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes**

§§ 6 Abs. 1 Satz 4 und 5 BeamtVG s. §§ 56 Abs. 4, 67,  
149 Abs. 5 Satz 2, 177, 249 Abs. 1 SGB VI

*Breith. 2019, 494*

**Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt**

§§ 1, 3, 4, 6 Abs. 2 LBliGG LSA; §§ 24 Abs. 1, 41, 48 Abs. 1 Satz 2 SGB X;  
§§ 166, 278 BGB

1. Allein der Umstand, dass ein Bezieher von Blindengeld in der Vergangenheit über seiner Anzeigepflicht belehrt worden ist, begründet noch nicht den Vorwurf grober Fahrlässigkeit i.S.v. § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X, wenn er der Behörde aufgrund einer später aufgetretenen Demenzerkrankung seine Aufnahme in ein Pflegeheim nicht umgehend mitteilt.

2. Im Rahmen des § 48 Abs. 1 Satz 2 SGB X können Wissen und Verschulden eines Dritten in entsprechender Anwendung der §§ 166, 278 BGB zugerechnet werden. Die Voraussetzungen einer solchen Zurechnung liegen z.B. dann vor, wenn der Dritte im Rahmen einer ihm erteilten Vorsorgevollmacht die daraus resultierende Verantwortung tatsächlich übernimmt und sich um die Behördenangelegenheiten des Vollmachtgebers kümmert. Vorliegend fehlt es aber aufgrund der konkreten Umstände des Einzelfalls an einem Verschulden des Bevollmächtigten.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 13. 3. 2019 – L 7 BL 1/17 –

*Breith. 2019, 846*

**Bundesversorgungsgesetz**

§§ 1 Abs. 1 und Abs. 2, 7 Abs. 1 Nr. 1, 9 Abs. 1 BVG; §§ 123, 130 Abs. 1,  
170 Abs. 2 Satz 2 SGG

Mit in der Nähe eines Internierungsorts durchgeführten Atomwaffenversuchen und der durch sie verursachten Strahlungskontamination am Internierungsort liegt ein mit der Internierung zusammenhängender schädigender Vorgang vor.

BSG, Urt. v. 27. 9. 2018 – B 9 V 2/17 R –

*Breith. 2019, 508*

§ 30 Abs. 1 und Abs. 17 BVG s. §§ 2 Abs. 1,  
69 Abs. 1 und Abs. 3, 152 SGB IX

*Breith. 2019, 329*

§§ 35 Abs. 1 und 2 BVG; § 60 Abs. 1 Satz 1 IfSG; § 44 SGB I; § 611 BGB;  
 §§ 54 Abs. 1 und 4, 77, 99 Abs. 3, 130 Abs. 1, 168 Satz 1 SGG

1. Ein Anspruch des Beschädigten auf erhöhte Pflegezulage kann auch bei entgeltlicher Pflege durch Ehegatten, Elternteile oder Lebenspartner aufgrund eines Arbeitsvertrags bestehen (Festhaltung an BSG, Urt. v. 4. 2. 1998 – B 9 V 28/96 R – Breith. 1999, 95 = SozR 3-3100 § 35 Nr. 8).

2. Die Gewährung der erhöhten Pflegezulage für die entgeltliche Pflege durch einen Elternteil schließt den Anspruch auf Zahlung der halben pauschalen Pflegezulage für die unentgeltliche Pflege durch den anderen Elternteil (familiäres Privileg) nicht aus.

BSG, Urt. v. 14. 6. 2018 – B 9 V 3/17 R –

*Breith. 2019, 605*

§ 35 Abs. 2 Satz 1 BVG; § 346 Abs. 3 Satz 1 SGB III;  
 §§ 5 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2, 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

Bei der erhöhten Pflegezulage erfolgt kein Abschlag in Höhe eines fiktiven Arbeitnehmerbeitragsanteils wegen Versicherungsfreiheit der Pflegekraft in der Renten- und Arbeitslosenversicherung.

BSG, Urt. v. 14. 6. 2018 – B 9 V 4/17 R –

*Breith. 2019, 139*

### Infektionsschutzgesetz

§ 60 Abs. 1 Satz 1 IfSG s. §§ 35 Abs. 1 und 2 BVG

*Breith. 2019, 605*

Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe nach § 28 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz)

§ 5 Abs. 1 RBEG s. §§ 20 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Satz 1 SGB II

*Breith. 2019, 859*

### Asylbewerberleistungsgesetz

§§ 1 Abs. 1 Nr. 4, 2 Abs. 1 AsylbLG s. § 7 Abs. 1 und Abs. 2  
 SGB II

*Breith. 2019, 436*

§§ 1a, 2 Abs. 1, 3 Abs. 1 und 2, 11 Abs. 4 AsylbLG; § 60 AufenthG; §§ 14 Abs. 1,  
 86a Abs. 2, 86b Abs. 1 und 2 SGG

Zum Anspruch auf höhere Leistungen nach dem AsylbLG.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 25. 2. 2019 –  
 L 8 AY 10/18 B ER –

*Breith. 2019, 940*

§ 3 AsylbLG; §§ 11, 44 Abs. 1 SGB I; §§ 288 Abs. 1 Satz 2, 291 BGB

Leistungsberechtigten, die einen Anspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gerichtlich geltend machen, steht auch ein Anspruch auf Prozesszinsen zu.

BSG, Urt. v. 25. 10. 2018 – B 7 AY 2/18 R –

*Breith. 2019, 945*

§§ 3, 6 Abs. 1, 9 Abs. 1 AsylbLG; § 21 Abs. 3 SGB II; § 30 Abs. 3 SGB XII;  
Art. 21 RL (EU) Nr. 33/2013

Die Berücksichtigung eines Mehrbedarfs wegen Alleinerziehung als pauschalisierte Leistung scheidet für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Grundleistungen beziehen, aus.

BSG, Urt. v. 25. 10. 2018 – B 7 AY 1/18 R –

*Breith. 2019, 784*

### Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz

§§ 1 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 5, 4 Abs. 1 bis 5, 7 Abs. 1 und 3 BEEG;  
§ 4 Abs. 3 BErzGG; § 1744 BGB

Bei Beendigung der Adoptionspflege besteht der Elterngeldanspruch unabhängig von der Mindestbezugszeit bis zum Ablauf des Ereignismonats fort, wenn der Elterngeldberechtigte den damit verbundenen Verlust des Kindes nicht zu verantworten hat.

BSG, Urt. v. 8. 3. 2018 – B 10 EG 7/16 R –

*Breith. 2019, 147*

§§ 2 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 und Abs. 8 Satz 2, 2d Abs. 3 Satz 1,  
8 Abs. 3 Satz 1 BEEG; §§ 4 Abs. 3 Satz 1, 11 Abs. 1 Satz 1 EStG

Hat ein Personengesellschafter auf seinen Gewinnanteil verzichtet, ist sein Einkommen im Bezugszeitraum des Elterngelds auf der Grundlage einer Gewinn-Verlust-Rechnung nach dem Zufluss in den Bezugsmonaten zu bestimmen.

BSG, Urt. v. 13. 12. 2018 – B 10 EG 5/17 R –

*Breith. 2019, 779*

§§ 2c Abs. 3 Satz 1 und 2, §§ 2e, 2f BEEG; § 39 EStG

Ein Abzugsmerkmal für Sozialabgaben ist bei den für die Elterngeldberechnung maßgeblichen Monaten im Bemessungszeitraum auch dann zu berücksichtigen, wenn es ausweislich des Entgeltnachweises des Arbeitgebers in einem Monat nur teilweise gegolten hat.

BSG, Urt. v. 13. 12. 2018 – B 10 EG 10/17 R –

*Breith. 2019, 593*

### Bundeserziehungsgeldgesetz

§ 4 Abs. 3 BErzGG s. §§ 1 Abs. 1,  
Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 5, 4 Abs. 1 bis 5,  
7 Abs. 1 und 3 BEEG

*Breith. 2019, 147*

### Aufenthaltsgesetz

§§ 3 Abs. 1 Satz 1, 48 Abs. 1 Satz 1 AufenthG  
s. §§ 20 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Satz 1 SGB II

*Breith. 2019, 859*

§ 60 AufenthG s. §§ 1a, 2 Abs. 1, 3 Abs. 1 und 2,  
11 Abs. 4 AsylbLG

*Breith. 2019, 940*

### Sozialgerichtsgesetz

§§ 14 Abs. 1, 86a Abs. 2, 86b Abs. 1 und 2 SGG s. §§ 1a,  
2 Abs. 1, 3 Abs. 1 und 2, 11 Abs. 4 AsylbLG

*Breith. 2019, 940*

- § 51 SGG s. §§ 7, 28a SGB IV *Breith. 2019, 76*
- §§ 54 Abs. 1 und 4, 77, 99 Abs. 3, 130 Abs. 1, 168 Satz 1 SGG  
s. §§ 35 Abs. 1 und 2 BVG *Breith. 2019, 605*
- §§ 54 Abs. 1 und 4, 130 Abs. 1 Satz 1 SGG  
s. §§ 11 Abs. 1 und 2, 12 Abs. 1 SGB II *Breith. 2019, 690*
- § 54 Abs. 1 Satz 1 SGG  
**Auch pauschal versteuerte Einmalzahlungen werden bei der Elterngeldberechnung nicht als Einkommen berücksichtigt.**  
BSG, Urt. v. 8. 3. 2018 – B 10 EG 8/16 R – *Breith. 2019, 254*
- §§ 54 Abs. 1 Satz 1 und 2, 75 Abs. 2 SGG s. §§ 12,  
31 Abs. 3 Satz 4, 35 Abs. 1 bis 7, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 SGB V *Breith. 2019, 379*
- §§ 54 Abs. 2, 75 Abs. 2 SGG s. §§ 35a Abs. 6a Sätze 1 bis 3,  
69 Abs. 2, 87 Abs. 1 Satz 2, 90 Abs. 1 Satz 1 SGB IV *Breith. 2019, 103*
- § 55 Abs. 1, 77, 140 Abs. 1 Satz 2, 163, 164 Abs. 2 Satz 3 SGG  
s. §§ 6 Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2019, 919*
- § 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG s. §§ 31a Abs. 2 Satz 1,  
44a Abs. 6 Satz 4 SGB II *Breith. 2019, 339*
- § 60 Abs. 1 SGG; §§ 42, 45 Abs. 1, 46 Abs. 2 ZPO; Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG  
**Ein völlig ungeeigneter und unstatthafter Rechtsbehelf gegen einen Beschluss, der ein Ablehnungsgesuch wegen Besorgnis der Befangenheit rechtskräftig zurückweist, hindert den abgelehnten Richter nicht, in der Sache zu entscheiden.**  
BSG, Urt. v. 8. 8. 2018 – B 1 KR 12/18 C – *Breith. 2019, 628*
- §§ 62, 103, 128 Abs. 1 Satz 1, 163, 164 Abs. 2 Satz 3 SGG  
s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2019, 132*
- §§ 67, 151, 158 SGG
1. Die Schriftform der Berufung i.S.v. § 151 SGG setzt grundsätzlich eine eigenhändige Unterschrift voraus. Ausnahmsweise ist sie auch dann gewahrt, wenn sich aus anderen Anhaltspunkten hinreichend sicher eine der Unterschrift vergleichbare Gewähr für die Urheberschaft und den Willen, das Schreiben in den Rechtsverkehr zu bringen, ergibt (vgl. BSG, Beschl. v. 24. 5. 2017 – B 14 AS 178/16 B). Daran fehlt es bei einem Telefax einer Behörde, das mitten im Text endet und weder eine Unterschrift noch eine Schlussformel oder einen sonstigen Abschluss enthält.
  2. Eine Behörde ist – in gleicher Weise wie ein Rechtsanwalt – verpflichtet, durch organisatorische Maßnahmen Fehlerquellen bei der Behandlung von Fristsachen in größtmöglichem Umfang auszuschließen. Dazu gehört eine wirksame Ausgangskontrolle, durch die gewährleistet sein muss, dass fristwahrende Schriftsätze unter normalen Umständen rechtzeitig bei Gericht eingehen. Bei der Übersendung per Telefax hat sich die Überprüfung auch darauf zu erstrecken, ob die Zahl der übermittelten Seiten mit der Seitenzahl des Originalschriftsatzes übereinstimmt.

3. Zu den Fürsorgepflichten des Gerichts (vgl. BSG, Urt. v. 6. 7. 2016 – B 9 SB 1/16 R) gehört es nicht, ein am vorletzten Tag vor Fristablauf eingegangenes Telefax auf formelle Mängel zu überprüfen und die absendende Behörde ggf. auf dessen Unvollständigkeit hinzuweisen (vgl. auch BGH, Beschl. v. 21. 3. 2017 – X z.B. 7/15).

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 15. 1. 2019 – L 5 AS 688/18 – *Breith. 2019, 538*

§§ 67 Abs. 1, 73 Abs. 6 Satz 7, 160a Abs. 1 und 2 SGG; § 85 Abs. 2 ZPO;  
§ 50 Abs. 4 BRAO

Ein Rechtsanwalt muss für die ordnungsgemäße Organisation seines Büros die Überwachung des elektronischen Fristenkalenders durch Ausdruck der eingegebenen Einzelvorgänge oder durch Ausgabe eines Fehlerprotokolls veranlassen.

Ein Rechtsanwalt verletzt seine Sorgfaltspflicht, wenn er bei Einlegung des Rechtsmittels die gebotene Notierung der Rechtsmittelbegründungsfrist in der elektronisch geführten Handakte nicht durch deren Einsichtnahme überprüft.

BSG, Beschl. v. 28. 6. 2018 – B 1 KR 59/17 B – *Breith. 2019, 709*

§§ 67 Abs. 1 und Abs. 2, 86, 87 Abs. 1 Satz 1, 87 Abs. 2, 90, 91 Abs. 1, 94,  
96 Abs. 1 SGG; § 48 SGB X; § 8 VwZG

1. Mit der fristwahrenden Abgabe einer Klageschrift u.a. bei einer anderen inländischen Behörde ist keine naheliegende Möglichkeit der Übermittlung an das zuständige Gericht aufgezeigt, die ein Rechtsanwalt bei einer von ihm nicht zu vertretenden Störung des üblichen Übertragungswegs zur Wahrung eigener Sorgfaltspflichten nutzen müsste.

2. Bei einer unzulässigen Klage kann ein abändernder oder ersetzender Verwaltungsakt zum Gegenstand des laufenden Verfahrens werden, über den durch Sachurteil zu entscheiden ist.

BSG, Urt. v. 25. 4. 2018 – B 8 SO 23/16 R – *Breith. 2019, 450*

§§ 67 Abs. 1 bis 3, 156 Abs. 2 Satz 1 SGG; § 56 SGB VII

1. Nach § 156 Abs. 2 Satz 1 SGG gilt die Berufung als zurückgenommen, wenn das Verfahren trotz Aufforderung des Gerichts länger als drei Monate ab Zustellung der Verfügung nicht betrieben wird. Diese Ausschlussfrist schließt grundsätzlich eine Wiedereinsetzung nach § 67 Abs. 1 SGG aus.

2. Selbst wenn man bei der Ausschlussfrist des § 156 Abs. 2 Satz 2 SGG eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Fällen höherer Gewalt in Betracht zieht, liegt kein Fall höherer Gewalt bei Erkrankung des Klägers vor, wenn es diesem gleichwohl weiterhin möglich ist, rechtliche und medizinische Betätigungen vorzunehmen.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 19. 6. 2019 – L 8 U 19/19 WA – *Breith. 2019, 969*

§§ 69 Nr. 1, 164 Abs. 2 Satz 1 und 3 SGG; § 198 GVG; § 239 ZPO; Art. 6 EMRK

Die Revisionsbegründung muss sich mit der angefochtenen Entscheidung dergestalt auseinandersetzen, dass sie sich mit dem Streitstoff unter Darlegung der Gründe, die die Entscheidung der Vorinstanz als unrichtig erscheinen lassen, beschäftigt.

BSG, Beschl. v. 2. 7. 2018 – B 10 ÜG 2/17 R – *Breith. 2019, 79*

§ 73a Abs. 1 und Abs. 8 SGG; § 115 Abs. 3 ZPO

1. Die Erinnerung ist der statthafte Rechtsbehelf gegen eine Entscheidung des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle gemäß § 73a Abs. 8 SGG.

2. Die nachträgliche Rechsschutzablehnung einer Gewerkschaft wegen bereits in Anspruch genommener anwaltlicher Vertretung hindert nicht die Berücksichtigung des grundsätzlich bestehenden satzungsmäßigen Anspruchs auf kostenlosen Rechtsschutz durch die Gewerkschaft als Vermögen i.S.v. § 115 Abs. 3 Satz 1 ZPO.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 8. 4. 2019 – L 4 AS 691/18 B – *Breith. 2019, 876*

§§ 73a Abs. 1 Satz 1, 159, 172 Abs. 1 und 3 SGG

1. Das LSG ist bei einer zulässigen PKH-Beschwerde nicht auf die Prüfung der hinreichenden Erfolgsaussicht in der Sache beschränkt.

2. § 172 Abs. 3 SGG regelt den Zugang zur Beschwerdeinstanz, verengt aber nicht den Prüfungsmaßstab des Rechtsmittelgerichts dahingehend, bei Fehlen der persönlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein Bewilligung von PKH das Verfahren an das Sozialgericht zurückverweisen zu müssen.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 27. 8. 2018 – L 3 R 409/17 B – *Breith. 2019, 269*

§ 75 SGG s. §§ 7 Abs. 4, 11, 16, 21 Abs. 6, 36 SGB II *Breith. 2019, 611*

§ 75 SGG s. § 198 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 GVG *Breith. 2019, 622*

§§ 75 Abs. 2, 86a Abs. 3, 86b Abs. 1 SGG s. § 7 Abs. 1 SGB IV *Breith. 2019, 763*

§§ 75 Abs. 2, 168 Satz 1 SGG s. §§ 2 Abs. 1, 136 Abs. 3 Nr. 1, 150 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB VII *Breith. 2019, 25*

§ 86b Abs. 2 SGG s. § 135 SGB V *Breith. 2019, 1*

§ 86b Abs. 2 SGG

1. Es fehlt grundsätzlich an einem Anordnungsgrund für eine einstweilige Anordnung, wenn im Klageverfahren die Vorlage eines zur Sachverhaltsaufklärung notwendigen medizinischen Gutachtens zeitnah erfolgt.

2. Ist der Antragsteller wirtschaftlich in der Lage, dass im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes begehrte Hilfsmittel durch Einsatz seines Vermögens zu erwerben, steht dies regelmäßig einem Anordnungsgrund entgegen.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 6. 6. 2019 – L 5 KR 58/19 B ER –

*Breith. 2019, 801*

§ 86b Abs. 2 SGG; § 181 BGB

1. Einem Treuhandvertrag kann auch vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des BSG (12. Senat) für die statusrechtliche Einordnung eines Geschäftsführers mit einem Gesellschaftsanteil von weniger als 50 v.H. Bedeutung zukommen.

**2. Zum Beurkundungserfordernis einer vor der Beurkundung des Gesellschaftsvertrages getroffenen Trauhandabrede.**

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 13. 8. 2018 –  
L 5 BA 104/18 B ER –

*Breith. 2019, 319*

**§§ 87, 91 106, 109 SGG; § 133 BGB**

Erhebt der frühere Widerspruchsführer an den Widerspruchsausschuss gerichtete Einwände gegen einen Widerspruchsbescheid, lässt sich aber mit keinem Auslegungsmittel ein Wille zur Klage erkennen, handelt es sich nicht um eine fristwährend bei einer anderen Stelle eingegangene Klage i.S.v. § 91 SGG. Die Möglichkeit, andere Stellen für den Klageeingang zu nutzen, ersetzt nicht die Notwendigkeit, den Willen zur Anrufung eines Gerichts erkennen zu lassen.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 13. 9. 2018 – L 6 U 99/16 –

*Breith. 2019, 705*

**§§ 92 Abs. 1, 123, 197a Abs. 1 SGG s. § 198 Abs. 1 und 2 GVG**

*Breith. 2019, 796*

**§ 96 Abs. 1 SGG s. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI**

*Breith. 2019, 401*

§ 103 SGG s. §§ 34 Abs. 6 Satz 3 und 7, 129, 130a Abs. 1,  
Abs. 4 Satz 1 bis 8 SGB V

*Breith. 2019, 881*

**§ 109 Abs. 1 Satz 2 SGG**

Für die die Entscheidung über die Übernahme der Kosten eines nach § 109 SGG eingeholten Gutachtens kommt es auf den Zeitpunkt der Beendigung des Verfahrens an. Schließen die Beteiligten aufgrund des nach § 109 SGG eingeholten Gutachtens einen an den Ergebnissen dieses Gutachtens orientierten Vergleich, sind die Kosten in der Regel auf die Staatskasse zu übernehmen.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 28. 8. 2018 – L 11 R 183/18 B –

*Breith. 2019, 542*

**§§ 123, 130 Abs. 1, 170 Abs. 2 Satz 2 SGG**

s. §§ 1 Abs. 1 und Abs. 2, 7 Abs. 1 Nr. 1, 9 Abs. 1 BVG

*Breith. 2019, 508*

**§§ 128 Abs. 1 Satz 1, 163 Halbs. 1, 170 Abs. 1 Satz 1 SGG**

s. §§ 2 Abs. 1, 6 Abs. 1 Satz 1, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII

*Breith. 2019, 830*

**§ 130 Abs. 1 SGG s. §§ 43, 101 Abs. 1 und 1a SGB VI**

*Breith. 2019, 40*

§ 131 Abs. 1 Satz 3 SGG s. §§ 72 Abs. 1 Satz 2,  
95 Abs. 1 Satz 1 und 3, Abs. 1a Satz 1 und 2 SGB V

*Breith. 2019, 469*

**§ 144 Abs. 1 und 2 SGG; §§ 4 Abs. 4, 106 Abs. 5 Satz 2 SGB V**

Zur (Nicht-)Klärungsbedürftigkeit der Rechtsfrage einer Wirtschaftlichkeitsprüfung bei zu erwartenden geringen Regressbeträgen.

Bay. LSG, Beschl. v. 12. 8. 2019 – L 12 KA 79/18 NZB –

*Breith. 2019, 866*

**§ 162 SGG s. § 72 Abs. 5 SGB XII**

*Breith. 2019, 517*

§ 163 SGG s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 9, 4 Abs. 3, 136 Abs. 1 Satz 1,  
150 Abs. 1 Satz 1 SGB VII

*Breith. 2019, 306*

§§ 169, 202 SGG s. § 7a Abs. 6 Satz 1 SGB IV *Breith. 2019, 313*

§ 202 SGG; §§ 250, 251 Satz 1 ZPO

**Die Beschwerde gegen einen Ruhensbeschluss des SG ist nicht unstatthaft wegen fehlenden Rechtsschutzbedürfnisses, wenn das SG ohne das Einverständnis eines der Beteiligten das Verfahren zum Ruhen bringt.**

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 25. 10. 2018 – L 3 R 348/18 B – *Breith. 2019, 172*

§ 202 Satz 1 SGG s. §§ 93a Abs. 2 Buchst. b, 93c Abs. 1 Satz 1 BVerfGG *Breith. 2019, 356*

### Verwaltungszustellungsgesetz

§ 8 VwZG s. §§ 67 Abs. 1 und Abs. 2, 86, 87 Abs. 1 Satz 1, 87 Abs. 2, 90, 91 Abs. 1, 94, 96 Abs. 1 SGG *Breith. 2019, 450*

### Bürgerliches Gesetzbuch

§ 133 BGB s. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2019, 401*

§ 133 BGB s. §§ 87, 91 106, 109 SGG *Breith. 2019, 705*

§ 133 BGB s. § 198 Abs. 1 und 2 GVG *Breith. 2019, 796*

§§ 133, 157 BGB s. §§ 6 Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2019, 919*

§§ 133, 157, 780 Satz 1, 781 Satz 1 BGB s. §§ 2 Abs. 1, 125 Abs. 1, 128 Abs. 1, 150 Abs. 1, 168 Abs. 1, 185 Abs. 2 Satz 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 3 SGB VII *Breith. 2019, 820*

§§ 134, 275 Abs. 1, 326 Abs. 1 BGB s. §§ 7 Abs. 1, 14 Abs. 1 Satz 1, 23a Abs. 2 SGB IV *Breith. 2019, 582*

§§ 134, 398, 399, 402 BGB s. § 79 Abs. 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, 85 Abs. 4 SGB V *Breith. 2019, 552*

§§ 166, 278 BGB s. §§ 1, 3, 4, 6 Abs. 2 LBliGG LSA *Breith. 2019, 846*

§ 181 BGB s. § 86b Abs. 2 SGG *Breith. 2019, 319*

§§ 188 Abs. 2, 193 BGB s. §§ 2 Abs. 1 Satz 3, 12 Abs. 1, 13 Abs. 3 und 3a, 27 Abs. 1 Satz 2, 39 SGB V *Breith. 2019, 633*

§ 242 BGB s. §§ 7, 28a SGB IV *Breith. 2019, 76*

§ 242 BGB s. §§ 8 Abs. 1, 11 Abs. 1 Nr. 1, 26 ff. SGB VII *Breith. 2019, 749*

§ 276 BGB s. §§ 24 Abs. 1 und 2, 28e SGB IV *Breith. 2019, 933*

§§ 288 Abs. 1 Satz 2, 291 BGB s. § 3 AsylbLG *Breith. 2019, 945*

§§ 315, 1353 Abs. 1 Satz 2 Halbs. 2, 1356 Abs. 2 Satz 2, 1360 Satz 1 BGB s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII *Breith. 2019, 390*

§§ 315 Abs. 3 Satz 2, 316 BGB s. §§ 26, 69 Abs. 1 Satz 3, 82 Abs. 1, 87 Abs. 1, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3, 112 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, 117 Abs. 1, 120 Abs. 2 Satz 1 und 2, 121, Abs. 2 und 3 SGB V *Breith. 2019, 370*

§§ 421, 426, 812 BGB s. §§ 2 Abs. 2 Satz 3, 13 Abs. 4 und 5, 27, 63, 64, 69 Abs. 1, 75 Abs. 1, 76 Abs. 1, 194 Abs. 1, 197b Satz 1 und 2 SGB V *Breith. 2019, 804*

§ 611 BGB s. §§ 35 Abs. 1 und 2 BVG *Breith. 2019, 605*

§§ 662, 665 Satz 1, 670 BGB s. § 7 Abs. 1 SGB IV *Breith. 2019, 485*

§§ 812 Abs. 1, 818 Abs. 2 BGB s. §§ 85 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 4e Satz 1, 95d Abs. 3 und Abs. 6 SGB V *Breith. 2019, 728*

§ 1629a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Altern. 2 BGB s. §§ 38 Abs. 1 Satz 1, 40 Abs. 2 Nr. 1 SGB II *Breith. 2019, 790*

§ 1744 BGB s. §§ 1 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 5, 4 Abs. 1 bis 5, 7 Abs. 1 und 3 BEEG *Breith. 2019, 147*

### Gerichtsverfassungsgesetz

§ 198 GVG s. §§ 69 Nr. 1, 164 Abs. 2 Satz 1 und 3 SGG *Breith. 2019, 79*

§ 198 Abs. 1 und 2 GVG; §§ 92 Abs. 1, 123, 197a Abs. 1 SGG; § 52 Abs. 1 und 2 GKG; § 133 BGB

Der Klageantrag einer Entschädigungsklage wegen unangemessener Dauer eines sozialgerichtlichen Verfahrens ist nur dann hinreichend bestimmt, wenn er die für die Bemessung des Anspruchs erforderlichen Tatsachen benennt und die Größenordnung der verlangten Entschädigung angibt.

BSG, Urt. v. 13. 12. 2018 – B 10 ÜG 4/16 R – *Breith. 2019, 796*

§ 198 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 GVG; § 75 SGG

Bei einem nach § 75 Abs. 1 SGG einfach Beigeladenen ist im Falle einer überlangen Verfahrensdauer regelmäßig kein immaterieller Nachteil nach § 198 Abs. 2 Satz 1 GVG zu vermuten. Allein der Umstand der einfachen Beiladung reicht nicht aus, um eine Nachteilsvermutung zu begründen. Ein einfach beigeladener Verfahrensbeteiligter kann deshalb im Allgemeinen einen Schadensersatzanspruch wegen einer unangemessenen Dauer des Gerichtsverfahrens nach § 198 Abs. 1 Satz 1 GVG nur dann haben, wenn er im Einzelfall tatsächlich nachweisbar einen Schaden erlitten hat.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 14. 11. 2018 – L 10 SF 2/17 EK – *Breith. 2019, 622*

**Zivilprozessordnung**

- §§ 42, 45 Abs. 1, 46 Abs. 2 ZPO s. § 60 Abs. 1 SGG *Breith. 2019, 628*
- § 85 Abs. 2 ZPO s. §§ 67 Abs. 1, 73 Abs. 6 Satz 7, 160a Abs. 1 und 2 SGG *Breith. 2019, 709*
- § 115 Abs. 3 ZPO s. § 73a Abs. 1 und Abs. 8 SGG *Breith. 2019, 876*
- § 120 ZPO; §§ 15, 16 RVG  
Die Tätigkeit des beigeordneten Rechtsanwalts im Verfahren auf Überprüfung, ob sich die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Mandanten geändert haben, ist keine gesondert zu vergütende neue Angelegenheit i.S.v. § 15 Abs. 5 Satz 2 RVG.  
LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 3. 12. 2018 – L 5 SF 92/18 B E – *Breith. 2019, 879*
- § 227 Abs. 1 ZPO s. § 27 Abs. 2 Satz 1 SGB IV *Breith. 2019, 84*
- § 239 ZPO s. §§ 69 Nr. 1, 164 Abs. 2 Satz 1 und 3 SGG *Breith. 2019, 79*
- §§ 250, 251 Satz 1 ZPO s. § 202 SGG *Breith. 2019, 172*
- § 417 ZPO s. §§ 6 Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2019, 919*
- § 544 Abs. 2 ZPO s. § 7a Abs. 6 Satz 1 SGB IV *Breith. 2019, 313*
- § 557 Abs. 2 ZPO s. §§ 93a Abs. 2 Buchst. b, 93c Abs. 1 Satz 1 BVerfGG *Breith. 2019, 356*

**Arbeitsgerichtsgesetz**

- § 2 ArbGG s. §§ 7, 28a SGB IV *Breith. 2019, 76*
- § 5 Abs. 1 Satz 3 ArbGG s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2019, 132*

**Strafprozessordnung**

- § 455 Abs. 4 StPO s. §§ 7 Abs. 4, 11, 16, 21 Abs. 6, 36 SGB II *Breith. 2019, 611*

**Strafgesetzbuch**

- § 203 Abs. 1 StGB s. § 79 Abs. 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 1, 85 Abs. 4 SGB V *Breith. 2019, 552*

**Strafvollzugsgesetz**

- § 41 StVollzG s. § 7 Abs. 1 SGB IV *Breith. 2019, 671*

**Einkommensteuergesetz**

- §§ 4 Abs. 3 Satz 1, 11 Abs. 1 Satz 1 EStG  
s. §§ 2 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 und Abs. 8 Satz 2, 2d Abs. 3 Satz 1,  
8 Abs. 3 Satz 1 BEEG *Breith. 2019, 779*
- §§ 33 Abs. 1, 2 und 3, 33b Abs. 3, 5 und 6 EStG  
s. §§ 11 Abs. 1 Satz 1, 11a Abs. 3 Satz 1 SGB II *Breith. 2019, 952*
- § 39 EStG s. §§ 2c Abs. 3 Satz 1 und 2, §§ 2e, 2f BEEG *Breith. 2019, 593*

**Bundesurlaubsgesetz**

- §§ 7 Abs. 3 und 4, 13 Abs. 1 BUrtG s. §§ 7 Abs. 1,  
14 Abs. 1 Satz 1, 23a Abs. 2 SGB IV *Breith. 2019, 582*

**Bundesrechtsanwaltsordnung**

- §§ 1, 3 Abs. 1 BRAO s. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2019, 401*
- § 50 Abs. 4 BRAO s. §§ 67 Abs. 1, 73 Abs. 6 Satz 7,  
160a Abs. 1 und 2 SGG *Breith. 2019, 709*

**Rechtsanwaltsvergütungsgesetz**

- §§ 14 Abs. 1, 33 Abs. 3 Satz 1, 56 Abs. 1 und 2 Satz 1 RVG;  
Nr. 1006 Abs. 1 Satz 1 VV RVG  
Dass im Fall „Einzelvergleiche mit Protokollierung als ‚Gesamtvergleich‘“ die Einigungsgebühr nur einmal anfallen soll, lässt sich weder dem Wortlaut der Nr. 1006 Abs. 1 Satz 1 VV RVG noch dem Sinn und Zweck der Vorschrift (Honorierung der Herbeiführung einer Einigung durch den Anwalt) entnehmen.  
Bay. LSG, Beschl. v. 8. 8. 2019 – L 12 SF 219/16 E – *Breith. 2019, 869*
- §§ 15, 16 RVG s. § 120 ZPO *Breith. 2019, 879*

**Vergütungsverzeichnis zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz**

- Nr. 1006 Abs. 1 Satz 1 VV RVG s. §§ 14 Abs. 1,  
33 Abs. 3 Satz 1, 56 Abs. 1 und 2 Satz 1 RVG *Breith. 2019, 869*

**Gerichtskostengesetz**

- § 52 Abs. 1 und 2 GKG s. § 198 Abs. 1 und 2 GVG *Breith. 2019, 796*

**Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz**

- §§ 4 Abs. 3 und Abs. 7, 8 Abs. 2, 9 Abs. 1 JVEG  
1. Die Überprüfung der Kostenrechnung hinsichtlich des Zeitaufwands beschränkt sich regelmäßig auf eine Plausibilitätskontrolle nach einem objektivierenden Maßstab.

**2. Zur Kontrolle des geltend gemachten Zeitaufwands für die Ausarbeitung des Gutachtens und die Beantwortung der Beweisfragen sind die gelieferten Seiten in Standardseiten (1800 Anschläge) umzurechnen. Es sind nur diejenigen zu berücksichtigen, die die nähere Begründung des Gutachtens enthalten.**

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 9. 9. 2019 – L 1 R 469/15 B – *Breith. 2019, 966*

### Versicherungsvertragsgesetz

§ 193 Abs. 3 VVG s. § 7a Abs. 6 Satz 1 SGB IV *Breith. 2019, 313*

### Bundesverfassungsgerichtsgesetz

§§ 78, 79 BVerfGG s. § 19 Abs. 2 und Abs. 3, § 20 Ärzte-ZV *Breith. 2019, 177*

§§ 93a Abs. 2 Buchst. b, 93c Abs. 1 Satz 1 BVerfGG; § 202 Satz 1 SGG;  
§ 557 Abs. 2 ZPO; Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG

Im Einzelfall können bereits bestimmte Vorbereitungshandlungen wie eine telefonische Anforderung eines Passworts für staatsanwaltschaftliche Ermittlungsunterlagen den Eindruck der Voreingenommenheit eines Richters für einen Prozessbeteiligten entstehen lassen, auch wenn noch kein endgültiger Verfahrensfehler vorliegt. Das hat die 1. Kammer des Ersten Senats mit dem heute veröffentlichten Beschluss entschieden und einer Verfassungsbeschwerde eines Beschwerdeführers wegen eines Verstoßes gegen das Recht auf den gesetzlichen Richter gemäß Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG stattgegeben. Das Verfahren wird zur erneuten Entscheidung an das SG zurückverwiesen.

BVerfG, Beschl. v. 21. 11. 2018 – 1 BvR 436/17 – *Breith. 2019, 356*

### Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art. 1 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1, 20 Abs. 1 GG  
s. § 7 Abs. 1 und Abs. 2 SGB II *Breith. 2019, 436*

Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG s. § 24 Abs. 1 und 3 SGB XII *Breith. 2019, 66*

Art. 2 Abs. 1 Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 GG  
s. § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2019, 401*

Art. 2 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1, Art. 20 Abs. 1 GG  
s. §§ 2 Abs. 1 und Abs. 1a, 12 Abs. 1, 27 Abs. 1, 31 Abs. 1,  
35c Abs. 1 und Abs. 2, 92 Abs. 1 SGB V *Breith. 2019, 719*

Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 59 Abs. 2, 132 Abs. 1 Satz 1 SGB III *Breith. 2019, 46*

Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 35a Abs. 6a Sätze 1 bis 3, 69 Abs. 2,  
87 Abs. 1 Satz 2, 90 Abs. 1 Satz 1 SGB IV *Breith. 2019, 103*

Art. 3 Abs. 1 GG s. § 5 Abs. 1 Nr. 9 SGB V *Breith. 2019, 184*

Art. 3 Abs. 1 GG s. § 9 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 5 SGB VII *Breith. 2019, 211*

- Art. 3 Abs. 1 GG** s. §§ 2 Abs. 1 und Abs. 1a, Abs. 2 Satz 3, 12 Abs. 1, 13 Abs. 3 Alt. 2, Abs. 3a, Abs. 4, 27 Abs. 1, 39 Abs. 1, 79 Abs. 1, 137c Abs. 1 und Abs. 3 SGB V *Breith. 2019, 561*
- Art. 3 Abs. 1 GG** s. §§ 7 Abs. 1 SGB IV *Breith. 2019, 579*
- Art. 3 Abs. 1 GG** s. § 7 Abs. 1 SGB IV *Breith. 2019, 671*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG**  
s. § 240 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 5 SGB V *Breith. 2019, 273*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1, Abs. 4, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG**  
s. §§ 28a, 150 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, 152 Abs. 1 Satz 1 SGB III *Breith. 2019, 348*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 GG** s. §§ 12, 31 Abs. 3 Satz 4, 35 Abs. 1 bis 7, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 SGB V *Breith. 2019, 379*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 GG** s. §§ 72 Abs. 1 Satz 2, 95 Abs. 1 Satz 1 und 3, Abs. 1a Satz 1 und 2 SGB V *Breith. 2019, 469*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1, Art. 19 Abs. 4, Art. 20 Abs. 3 GG** s. §§ 34 Abs. 6 Satz 3 und 7, 129, 130a Abs. 1, Abs. 4 Satz 1 bis 8 SGB V *Breith. 2019, 881*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 14 GG** s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 9, 4 Abs. 3, 136 Abs. 1 Satz 1, 150 Abs. 1 Satz 1 SGB VII *Breith. 2019, 306*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 GG** s. §§ 2 Abs. 1 und 2, 8 Abs. 1, 56 Abs. 1 Satz 1, 80a Abs. 1 Satz 1 SGB VII *Breith. 2019, 31*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1, Art. 20 GG**  
s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 5 Buchst. a und b, 56 Abs. 1 Satz 1, 80a Abs. 1 Satz 1, 221 Abs. 2 SGB VII *Breith. 2019, 114*
- Art. 3 Abs. 1, Art. 31, Art. 72 Abs. 1, Art. 74 GG**  
s. § 72 Abs. 5 SGB XII *Breith. 2019, 517*
- Art. 3 Abs. 1 und Abs. 2, Art. 6 Abs. 1, Art. 20 GG**  
s. §§ 56 Abs. 1 und Abs. 5, 249 Abs. 1, 306 Abs. 1, 307d Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 SGB VI *Breith. 2019, 217*
- Art. 3 Abs. 1 bis 3, Art. 6 Abs. 1 und 2, Art. 33 Abs. 5 GG**  
s. §§ 56 Abs. 4, 67, 149 Abs. 5 Satz 2, 177, 249 Abs. 1 SGB VI *Breith. 2019, 494*
- Art. 6 Abs. 1 GG** s. § 44 SGB X *Breith. 2019, 238*
- Art. 6 Abs. 1 GG** s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII *Breith. 2019, 390*

- Art. 6 Abs. 2 Satz 1, Art. 7 Abs. 1, Art. 34 Satz 1 GG**  
s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b, 8 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 2,  
106 Abs. 1 SGB VII *Breith. 2019, 124*
- Art. 12 Abs. 1 GG** s. § 79 Abs. 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 1,  
85 Abs. 4 SGB V *Breith. 2019, 552*
- Art. 12 Abs. 1 GG** s. §§ 12 Abs. 1, 35a Abs. 1 und 3,  
91 Abs. 4 Satz 1, 92 Abs. 1 und 2, 130b Abs. 1 bis 5, 7, 9 SGB V *Breith. 2019, 643*
- Art. 12 Abs. 1 GG** s. §§ 124 Abs. 2 Satz 1, Abs. 4 Satz 1, Abs. 5,  
125 Abs. 1 und 2 SGB V *Breith. 2019, 713*
- Art. 12 Abs. 1 GG** s. §§ 95 Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 6 Satz 1,  
103 Abs. 3a, Abs. 4, Abs. 4a Satz 3, Abs. 4b Satz 2,  
Abs. 4c Satz 1, Abs. 6 Satz 2 SGB V *Breith. 2019, 737*
- Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG** s. §§ 93a Abs. 2 Buchst. b,  
93c Abs. 1 Satz 1 BVerfGG *Breith. 2019, 356*
- Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG** s. § 60 Abs. 1 SGG *Breith. 2019, 628*
- Art. 103 Abs. 1 GG** s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2019, 132*

**Richtlinie (EWG) Nr. 105/89 des Rates vom 21. Dezember 1988  
betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung  
der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch  
und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme**

- Art. 4 RL (EWG) Nr. 105/89** s. §§ 34 Abs. 6 Satz 3 und 7, 129,  
130a Abs. 1, Abs. 4 Satz 1 bis 8 SGB V *Breith. 2019, 881*

**Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen  
Sicherheit**

- Art. 5 Buchst. b, Art. 6, Art. 61 Abs. 1 und 2 VO (EG) Nr. 883/  
2004** s. §§ 24 Abs. 1, 26 Abs. 2a Satz 1, 142 Abs. 1 SGB III *Breith. 2019, 959*

**Richtlinie (EG) Nr. 83/2004 des Rates der Europäischen Union über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes  
(Qualifikationsrichtlinie)**

- Art. 23 Abs. 2, Art. 28 Abs. 1 RL (EG) Nr. 83/2004**  
s. § 7 Abs. 1 und Abs. 2 SGB II *Breith. 2019, 436*

**Europäische Menschenrechtskonvention**

- Art. 6 EMRK** s. §§ 69 Nr. 1, 164 Abs. 2 Satz 1 und 3 SGG *Breith. 2019, 79*

**Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

**Art. 25 Satz 3 Buchst. a UN-BRK** s. § 31 SGB I *Breith. 2019, 15*

**Richtlinie (EU) Nr. 33/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates  
vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen  
für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen**

**Art. 21 RL (EU) Nr. 33/2013** s. §§ 3, 6 Abs. 1,  
9 Abs. 1 AsylbLG *Breith. 2019, 784*

**Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union**

**Art. 26 Abs. 2, 107 Abs. 1 und 3c AEUV**  
s. §§ 34 Abs. 6 Satz 3 und 7, 129, 130a Abs. 1,  
Abs. 4 Satz 1 bis 8 SGB V *Breith. 2019, 881*

**Art. 107 Abs. 1, 108 Abs. 1 und 3 AEUV** s. §§ 2 Abs. 1,  
125 Abs. 1, 128 Abs. 1, 150 Abs. 1, 168 Abs. 1,  
185 Abs. 2 Satz 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 3 SGB VII *Breith. 2019, 820*



## Entscheidungen

(nach Gericht und Verkündungsdatum)

---

### Bundessozialgericht

26. 10. 2017	B 8 SO 11/16 R .....	66
23. 1. 2018	B 2 U 8/16 R .....	124
1. 3. 2018	B 8 SO 22/16 .....	421
8. 3. 2018	B 10 EG 7/16 R .....	147
8. 3. 2018	B 10 EG 8/16 R .....	254
13. 3. 2018	B 11 AL 12/17 R .....	165
13. 3. 2018	B 11 AL 23/16 R .....	72
14. 3. 2018	B 12 KR 3/17 R .....	20
14. 3. 2018	B 12 KR 13/17 R .....	132
14. 3. 2018	B 12 KR 17/16 R .....	291
15. 3. 2018	B 3 KR 4/17 R .....	15
20. 3. 2018	B 1 A 1/17 R .....	103
20. 3. 2018	B 2 U 5/16 R .....	211
20. 3. 2018	B 2 U 6/17 R .....	114
20. 3. 2018	B 2 U 11/17 R .....	31
20. 3. 2018	B 2 U 13/16 R .....	25
21. 3. 2018	B 6 KA 31/17 R .....	5
21. 3. 2018	B 6 KA 46/16 R .....	285
22. 3. 2018	B 5 RE 1/17 R .....	226
24. 4. 2018	B 1 KR 10/17 R .....	561
24. 4. 2018	B 1 KR 29/17 R .....	202
25. 4. 2018	B 8 SO 20/16 R .....	414
25. 4. 2018	B 8 SO 23/16 R .....	450
25. 4. 2018	B 8 SO 26/16 R .....	682
26. 4. 2018	B 5 R 26/16 R .....	582
3. 5. 2018	B 3 KR 9/16 R .....	379
3. 5. 2018	B 3 KR 13/16 R .....	189
3. 5. 2018	B 11 AL 6/17 R .....	262
16. 5. 2018	B 6 KA 1/17 R .....	469
16. 5. 2018	B 6 KA 45/16 R .....	370
7. 6. 2018	B 12 KR 8/16 R .....	99
7. 6. 2018	B 12 KR 15/16 R .....	184
7. 6. 2018	B 12 KR 17/17 R .....	313
14. 6. 2018	B 9 BL 1/17 R .....	517
14. 6. 2018	B 9 V 3/17 R .....	605
14. 6. 2018	B 9 V 4/17 R .....	139
14. 6. 2018	B 14 AS 28/17 R .....	436
19. 6. 2018	B 1 KR 26/17 R .....	461
19. 6. 2018	B 1 KR 30/17 R .....	279
19. 6. 2018	B 2 U 9/17 R .....	306
19. 6. 2018	B 2 U 32/17 R .....	390
21. 6. 2018	B 11 AL 8/17 R .....	348
27. 6. 2018	B 6 KA 38/17 R .....	552
27. 6. 2018	B 6 KA 46/17 R .....	737

27. 6. 2018	B 6 KA 60/17 R	728
28. 6. 2018	B 1 KR 59/17 B	709
28. 6. 2018	B 5 AL 1/17 R	695
28. 6. 2018	B 5 R 12/17 R	217
28. 6. 2018	B 5 RE 2/17 R	401
2. 7. 2018	B 10 ÜG 2/17 R	79
4. 7. 2018	B 3 KR 20/17 R	643
5. 7. 2018	B 8 SO 30/16 R	675
8. 8. 2018	B 1 KR 12/18 C	628
8. 8. 2018	B 6 KA 24/17 R	812
8. 8. 2018	B 6 KA 26/17 R	904
9. 8. 2018	B 14 AS 20/17 R	690
15. 8. 2018	B 12 KR 8/17 R	273
15. 8. 2018	B 12 R 4/18 R	836
30. 8. 2018	B 11 AL 15/17 R	530
4. 9. 2018	B 12 KR 18/17 R	579
4. 9. 2018	B 12 KR 18/17 R	671
4. 9. 2018	B 12 R 4/17 R	769
6. 9. 2018	B 2 U 16/17 R	749
6. 9. 2018	B 2 U 18/17 R	485
11. 9. 2018	B 1 KR 1/18 R	633
11. 9. 2018	B 1 KR 6/18 R	897
11. 9. 2018	B 1 KR 7/18 R	804
11. 9. 2018	B 1 KR 10/18 R	545
12. 9. 2018	B 4 AS 33/17 R	859
27. 9. 2018	B 9 V 2/17 R	508
10. 10. 2018	B 13 R 20/16 R	494
12. 10. 2018	B 9 SB 1/17 R	444
25. 10. 2018	B 3 KR 10/16 R	881
25. 10. 2018	B 7 AY 1/18 R	784
25. 10. 2018	B 7 AY 2/18 R	945
27. 11. 2018	B 2 U 7/17 R	913
27. 11. 2018	B 2 U 8/17 R	830
28. 11. 2018	B 14 AS 34/17 R	790
12. 12. 2018	B 12 R 15/18 R	933
13. 12. 2018	B 5 RE 1/18 R	919
13. 12. 2018	B 10 EG 5/17 R	779
13. 12. 2018	B 10 EG 10/17 R	593
13. 12. 2018	B 10 ÜG 4/16 R	796
20. 12. 2018	B 3 KR 2/17 R	713
29. 1. 2019	B 2 U 21/17 R	820
26. 2. 2019	B 11 AL 5/18 R	853
26. 2. 2019	B 11 AL 15/18 R	959
20. 3. 2019	B 1 KR 4/17 R	719

**Landessozialgerichte****Bay. LSG**

10. 10. 2018	L 12 KA 10/18	177
31. 10. 2018	L 12 KA 93/17	361
16. 1. 2019	L 12 KA 53/18	457
8. 8. 2019	L 12 SF 219/16 E	869
12. 8. 2019	L 12 KA 79/18 NZB	866

**LSG Baden-Württemberg**

5. 6. 2018	L 7 AS 178/16	155
21. 6. 2018	L 7 SO 1715/16	58
31. 7. 2018	L 13 AS 1951/16	430

**LSG Niedersachsen-Bremen**

26. 9. 2018	L 11 AS 1124/15	339
18. 12. 2018	L 11 AS 109/16	524
26. 2. 2019	L 11 AS 474/17	611

**LSG Nordrhein-Westfalen**

6. 8. 2018	L 20 AL 74/18	46
------------	---------------	----

**LSG Rheinland-Pfalz**

13. 8. 2018	L 5 KR 81/18 B	76
19. 9. 2018	L 6 R 62/18	40

**LSG Sachsen-Anhalt**

19. 4. 2018	L 6 U 150/14	663
21. 6. 2018	L 6 U 106/16	757
27. 8. 2018	L 3 R 409/17 B	269
28. 8. 2018	L 11 R 183/18 B	542
6. 9. 2018	L 8 AY 5/14	238
7. 9. 2018	L 4 AS 312/18 NZB	173
12. 9. 2018	L 7 SB 53/14	329
13. 9. 2018	L 6 U 99/16	705
18. 10. 2018	L 6 U 29/17	659
25. 10. 2018	L 3 R 348/18 B	172
14. 11. 2018	L 10 SF 2/17 EK	622
15. 1. 2019	L 5 AS 688/18	538
25. 2. 2019	L 8 AY 10/18 B ER	940
13. 3. 2019	L 7 BL 1/17	846
8. 4. 2019	L 4 AS 691/18 B	876
9. 9. 2019	L 1 R 469/15 B	966

**LSG Schleswig-Holstein**

14. 12. 2017	L 5 KR 11/16	84
28. 6. 2018	L 5 KR 183/17	89
24. 7. 2018	L 4 KA 37/16	476
13. 8. 2018	L 5 BA 104/18 B ER	319
20. 8. 2018	L 5 KR 127/18 B ER	1
17. 10. 2018	L 8 U 82/15	571
3. 12. 2018	L 5 SF 92/18 B E	879

5. 12. 2018	L 8 U 68/15	297
19. 2. 2019	L 7 R 182/14	841
2. 5. 2019	L 5 BA 37/19 B ER	763
13. 5. 2019	L 3 AS 85/16	952
6. 6. 2019	L 5 KR 58/19 B ER	801
19. 6. 2019	L 8 U 19/19 WA	969

**Bundesverfassungsgericht**

21. 11. 2018	1 BvR 436/17	356
--------------	--------------	-----

## Sachregister

(alphabetisch nach Stichworten und Deskriptoren)

---

### A

Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit **628**  
Absetzung einer GOP **361**  
Abstaffelungsquote **904**  
Abstellen auf die BAG als Ganzes **737**  
Abtretungsvereinbarungen über vertragszahnärztliches Honorar **552**  
Abwägungsausfall **830**  
Adoptionspflicht **147**  
Agentur für Arbeit **339**  
Alleingesellschafter **881**  
Altersteilzeitvereinbarung **836**  
Altersvorsorge **313**  
Alzheimer-Demenz **517**  
Analysekosten **812**  
Änderung von Abzugsmerkmalen **593**  
Anhörung **846**  
Anhörungsverzicht **306**  
Anlagebedingtes Leiden **749**  
Anmeldung **76**  
Anordnungsanspruch **763**  
Anordnungsgrund **763, 801**  
Anrechnung von Kindererziehungszeit **494**  
Antikörpermangelsyndrom **719**  
Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand **969**  
Antrittsort: von zu Hause **913**  
Anwartschaftszeit **72, 853, 959**  
Anwendbarkeit des § 14 SGB IX **421**  
Arbeitnehmerüberlassung **769**  
Arbeitsentgelt **530**  
Arbeitsförderung **313**  
Arbeitsgelegenheit **524**  
Arbeitslosengeld **430, 530**  
Arbeitslosengeld I **155**  
Arbeitslosengeld II **859**  
Arbeitslosengeldanspruch **165, 348, 853, 959**  
Arbeitslosenversicherung **695**  
Arbeitstherapeutische Tätigkeit im Maßregelvollzug **579**  
Arbeitssuchendmeldung **165**

Arbeitsunfall **659, 749, 830, 969**  
Arzneimittelpreisbildung **643**  
Arzneimittelregress **866**  
Arzneimittelversorgung **379**  
Ärztlicher Bereitschaftsdienst **361**  
Asylbewerberleistung **945**  
Asylfolgeantrag **940**  
Aufenthalt in einer Einrichtung zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsstrafe **611**  
Aufenthaltsrecht **46, 238**  
Aufenthaltsverbot **940**  
Aufhebung der Leistungsbewilligung **846**  
Aufklärungspflichten der Schiedsstelle **682**  
Aufsichtsbehörde **103**  
Ausgangsbescheid **450**  
Auskunftsanspruch **189**  
Auskunftsverlangen **58**  
Auslegung **705**  
Auslösung eines neuen Krankenkassenwahlrechts **545**  
Ausnahme von der Erhebung des Herstellerrabatts **881**  
Ausschluss des Erstattungsanspruchs **728**  
Ausschlussfrist **969**  
Äußere psychische Belastung **663**  
Äußerer betriebsbezogener Unfallvorgang **663**

### B

Bagatellgrenze **790**  
Bayerisches Landesblindengeld **517**  
Beamtenversorgung **494**  
Beförderungskosten **40**  
Befreiung von der Versicherungspflicht **401, 919**  
Befreiungsbescheid **919**  
Behandlung eines anlagenbedingten Leidens **749**  
Behandlung zu Lasten einer privaten Krankenversicherung **804**  
Behandlung zulasten einer privaten Krankenversicherung **804**

- Behindertenpauschbetrag **952**  
 Behinderungsausgleich **89**  
 Beihilfeanspruch aufgrund arbeitsrechtlicher Regelung **853**  
 Beitragsnachforderung **769, 836**  
 Beitragspflicht **933**  
 Beitragsrechtliche Gleichbehandlung mit DRK **820**  
 Beitragszahlung **841**  
 Bemessungszeitraum **348, 530**  
 Berechnung des Arbeitslosengelds **530**  
 Bereitschaftsarzt **361**  
 Bereitschaftsdienst **457**  
 Berichtigungsbescheid **361**  
 Berufskrankheit **211**  
 Berufungsfrist **538**  
 Beschäftigungsverhältnis **76**  
 Beschränkung der Minderjährigenhaftung **790**  
 Beschwerde **269**  
 Bestehen einer fortführungsfähigen Praxis **737**  
 Beteiligung am Pflegesatzverfahren **675**  
 Betriebskostenguthaben **173**  
 Betriebsprüfung **769, 836**  
 Betriebsweg **659, 830, 913**  
 Beurkundungserfordernis **319**  
 Bewusste Unterlassung der Anhörung **846**  
 Blindengeld **846**  
 Bühnenauftritt, -künstler **20**
- D**
- Darbietung **20**  
 Darstellervertrag **291**  
 Dauerhafte Schwerstpflegebedürftigkeit **784**  
 Demenz **517**  
 Deutsches Rotes Kreuz (DRK) **820**  
 Direktabrechnung der Analysekosten gegenüber Kassenärztlicher Vereinigung **812**  
 Duldung **46**  
 Durchgangsarzt **749**
- E**
- Ehefrau **390**  
 Eheschließung **269**  
 Eigenhändige Unterschrift **538**  
 Eigentumsgrundrecht **114**  
 Einbeziehung von Strafgefangenen in die gesetzliche Rentenversicherung **579**  
 Eingangsstelle **705**  
 Einholung eines Sachverständigengutachtens **542**  
 Einkommens- oder Vermögensberücksichtigung **690**  
 Einkommensanrechnung **952**  
 Einkommensberechnung **593**  
 Einrichtungskette **421**  
 Einrichtung zum Vollzug freiheitsentziehender Maßregeln der Besserung **579**  
 Einrichtung zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsstrafe **611**  
 Einstweilige Anordnung **801**  
 Einstweiliger Rechtsschutz **801**  
 Eintritt **155**  
 Einverständnis **172**  
 Elektronisch geführte Handakte **709**  
 Elterngeld **147, 254, 593, 779**  
 Ende der Mitgliedschaft eines Versicherungspflichtigen nach Ablauf der Mindestbindungsfrist **545**  
 Entgeltausfall **99**  
 Entschädigungsklage **796**  
 Entschädigungsrecht **139**  
 Entscheidung nach vorläufiger Leistungsbewilligung **790**  
 Entscheidung über neuen Verwaltungsakt **450**  
 Entsorgungskosten **15**  
 Entziehungsanstalt **671**  
 Erfüllung der Anwartschaftszeit **959**  
 Ergotherapeutin **713**  
 Erhebung ab Eintritt der Kenntnis **933**  
 Erkrankung des Klägers **969**  
 Erkrankung im Ausland **804**  
 Erledigung **879**  
 Ermessen **84**  
 Ermessungsentscheidung bei Anhörungsverzicht **306**  
 Ermittlung des Bemessungszeitraums **348**  
 Ersatzanspruch **155**  
 Erstangegangener Rehabilitationsträger **897**  
 Erstattungsanspruch **728**  
 Erwerbsminderung **40, 269**  
 Europäisches Fürsorgeabkommen **414**

Existenzgründungsphase 226

## F

Fachkraft für Hausbesuche 713  
 Fachliche Hinweise der Agentur für Arbeit 339  
 Fahrgastbegleitung 524  
 Familienversicherung 273  
 Fehlende Mitwirkung 444  
 Fertigarzneimittel 189  
 Festbetragsfestsetzung 379  
 Fiktion der Berufungsrücknahme 969  
 Fiktiv genehmigte Krankenbehandlung 633  
 Förderungsfähigkeit 262, 737  
 Förderzweck 695  
 Forschungstätigkeit 695  
 Fortzahlung des Arbeitsentgelts 530  
 Freigemeinnützige Organisation 285  
 Freiheitsstrafe 611  
 Freiwilliges Mitglied 273  
 Fußhebersystem 89

## G

Gangstörung 89  
 GdB-Neufeststellung nach Heilungsbewährung 444  
 Gebot des gesetzlichen Richters 628  
 Geltendmachungsverzicht 25  
 Gemeinsamer Bundesausschuss 1  
 Gesamtschutzquote 46  
 Gesamtsozialversicherungsbeiträge nach der Gleitzeitformel 836  
 Geschäftsführer 132  
 Gesellschaftsanteile 132  
 Gesellschaftsvertrag 779  
 Gesetzlich Versicherter 804  
 Gesetzliche Beitragsfreiheit 820  
 Gesetzlicher Richter 628  
 Gewerkschaftlicher Rechtsschutz 876  
 Gewinn-Verlust-Rechnung 779  
 Gleichheitssatz 306  
 Gleitzeitformel 836  
 Gripeschutzimpfung 5  
 Grundsicherung für Arbeitsuchende 436, 690, 790  
 Grundurteil im Höhenstreit 690  
 Gruppenarbeit 124  
 Gutachten § 109 SGG 542

## H

Haftungsbeschränkung 124  
 Halbe pauschale Pflegezulage 605  
 Hälfertiger Versorgungsauftrag 457  
 Handakte 709  
 Hausbesuche 713  
 Haushaltskonsolidierung 31  
 Häusliche Arbeitsstätte 830  
 Hauswirtschaftliche Versorgung 757  
 Heilbehandlung durch Durchgangsarzt 749  
 Heilmittelversorgung 713  
 Heilungsbewährung 444  
 Heiratsbeihilfe 254  
 Herstellerrabatt 881  
 Hilfe zum Lebensunterhalt 414  
 Hilfe zur häuslichen Pflege 784  
 Hilfe zur Pflege 675  
 Hilfeempfänger 58  
 Hilfsmittel 1  
 Hilfsmittelversorgung 15  
 Hinzuverdienst 582  
 Hochschulambulanz 370  
 Hochschulstudium 184  
 Honorarabrechnung 476  
 Honoraransprüche von Vertragszahnärzten 728  
 Honorarrückforderung 361

## I

Illegale Wiedereinreise 940  
 Impfleistungen 5  
 Informationspflicht 124  
 Inkontinanzmaterial 15  
 Innowalk 1  
 Insolvenz 763  
 IVIG-Therapie 719

## J

Jagdunfall 485  
 Jahresarbeitsentgeltgrenze 99  
 Jahresfrist 430

## K

Kassenärztliche Vereinigung 812  
 Kassenvorstand 103  
 Kassenzahnärztliche Vereinigung 552

- Keine generelle Nichtigkeit, wenn die behandelten Versicherten nicht zugestimmt haben 552
- Kenntnis von der Beitragspflicht 933
- Kind 217, 329
- Klage gegen Ausgangsbescheid 450
- Klageerhebung 705
- Klagerecht des kommunalen Trägers 339
- Knieerkrankung 211
- Kodierung 279
- Konkrete Anordnung des Arbeitgebers 913
- Kosten für die Beschaffung eines ausländischen Reisepasses 859
- Kostenübernahme auf die Staatskasse 542
- Krankenbehandlung 633
- Krankenhausbehandlung 461
- Krankenkassenwahlrecht 545
- Krankenversicherung 370, 461, 545, 561, 643
- Krankheitsverlauf 202
- Kriegsopferversorgung 508
- Kurzzeitige Arbeitseinsätze 291
- L**
- Laborgemeinschaft 812
- Labormedizin 904
- Landwirtschaft 31
- Landwirtschaftliche Unfallversicherung 485
- Landwirtschaftlicher Unternehmer 114
- Lebensbedrohliche Erkrankung 719
- Leistungen zur Teilhabe 897
- Leistungsanspruch 430
- Leistungsanspruchminderung 155
- Leistungsauslegung 202
- Leistungsausschluss für Leistungsberechtigte 436
- Leistungsbewilligung 790, 846
- Leistungsgewährung 571
- Leistungsrecht 719
- Lernbehinderung 329
- Lieferung von Pflegehilfsmitteln 757
- M**
- Maßregelvollzug 579
- Medizinisches Versorgungszentrum 469
- Minderjährigenhaftung 790
- Minderung 262
- Mindestbindungsfrist 545
- Mitgliedschaft 545
- N**
- Nachbesetzung eines Vertragsarztsitzes in einer BAG 737
- Nachversicherung 841
- Nebeneinanderabrechnung 361
- Neue Angelegenheit 879
- Neue Behandlungsmethode 1
- Neurostimulation 89
- Nichtbeschäftigung von Arbeitnehmern 881
- Nichtigkeit 552
- Nichtselbstständige Tätigkeit 593
- O**
- Obergrenze 390
- Objektivierte Handlungstendenz 830
- Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch 728
- Öffentlicher Arbeitgeber 841
- P**
- Passvernichtung 238
- Pflege durch einen Elternteil 605
- Pflegebedürftiger 757
- Pflegehilfsmittel 757
- Pflegeleistung 757
- Pflegepauschbetrag 952
- Pflegesatzverfahren 675
- Pflegetätigkeit 757
- Pflegezulage 139, 605
- PKH 869, 876
- Plausibilitätsprüfung 361, 682, 966
- Private Krankenversicherung 804
- Private Selbstbeschaffung im Ausland 633
- Probatorische Sitzung 476
- Promotionsstudent 184
- Prozesskostenhilfe 869, 876
- Prozesskostenhilfverfahren 879
- Psychologischer Psychotherapeut 476
- R**
- Recht auf gesetzlichen Richter 356, 628
- Rechtmäßigkeit einer Abstaffelungsquote 904
- Rechtmäßigkeitskontrolle 643

- Rechtsanwalts honorar-Höhe **869**  
 Rechtsanwendungs gleichheit im Leistungsrecht **561**  
 Rechtsbehelf **876**  
 Rechtsmissbräuchlichkeit **940**  
 Rechtsmittelbegründungsfrist **709**  
 Rechtsnachfolge **79**  
 Rechtsvernichtender Einwand der Zweckverfehlung **517**  
 Rechtsweg **76**  
 Rechtswidrige Ablehnung **633**  
 Referendariat **841**  
 Regelbedarf **859**  
 Rehabilitationsträger **897**  
 Reisepass **859**  
 Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit **582**  
 Rente **217**  
 Rentenbeginn **40**  
 Rentenschädlicher Hinzuverdienst **582**  
 Rentenversicherung **494, 671**  
 Rentenversicherungsträger **897**  
 Rettungsdienst **820**  
 Revision **79**  
 Revisionsbegründung **79**  
 Revisionsgerichtliche Auslegungsbefugnis **919**  
 Rückkehrhindernis **66**  
 Rückkehrwille **66**  
 Rückruf aus dem Urlaub **913**  
 Rüge **622**  
 Ruhensbeschluss **172**
- S**
- Sachverständigengutachten **542, 966**  
 Sachverständigenvergütung **966**  
 Säumniszuschlag **933**  
 Schiedsstelle **682**  
 Schlechterstellung **390**  
 Schulbildung **66**  
 Schwarzwildrückjagd **485**  
 Schwerbehindertenrecht **444**  
 Schwerstpflegebedürftigkeit **784**  
 Selbstentscheidung des abgelehnten Richters **628**  
 Selbstständige Erwerbstätigkeit **779**  
 Selbstständige Tätigkeit **763**  
 Selbstständiger **226**  
 Sorgfaltspflicht **709**
- Sozialdatenschutz **189**  
 Soziales Entschädigungsrecht **508, 605**  
 Sozialgerichtliches Verfahren **796**  
 Sozialhilfe **675, 682**  
 Sozialhilfe-Erstattungsanspruch **421**  
 Sozialhilfe für Ausländer **414**  
 Sozialrechtliches Verwaltungsverfahren **444**  
 Sozialversicherungsfreiheit **132**  
 Sperrzeit **165**  
 Stammrecht **40**  
 Standardseite **966**  
 Stationäre Pflege **675**  
 Stationärer und ambulanter Bereitschaftsdienst **457**  
 Statthaftigkeit **172**  
 Statusfeststellung **313**  
 Stimmbindungsabrede **319**  
 Stipendienfinanzierte Forschungstätigkeit **695**  
 Strafgefangene in der gesetzlichen Rentenversicherung **671**  
 Strahlungskontamination **508**  
 Syndikuspatentanwalt **401**
- T**
- Tatsächliche Präjudizialität **339**  
 Teilarbeitslosengeldanspruch **72**  
 Teilzeitbeschäftigung **72**  
 Terminverlegungsantrag **84**  
 Therapieentscheidung **202**  
 Trägerwechsel **285**  
 Treuhandabrede **319**
- U**
- Übergangsrecht **211**  
 Überlanges Verfahren **622, 796**  
 Überprüfungsverfahren **238**  
 Unfallbegriff **663**  
 Unfallfolgen **297**  
 Unfallversicherung **31, 571**  
 Unfallversicherungsschutz **485**  
 Unmittelbarer Beginn mit einer versicherten Tätigkeit **913**  
 Unständige Beschäftigung **291**  
 Unterbrechung der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe **611**  
 Unterhaltsanspruch **58**  
 Unterhaltspflicht **273**

- Unterkunftskosten 173  
Unternehmerin im Gesundheitswesen 306  
Unvollständiges Telefax 538  
Urlaubsabgeltung während dauerhafter Arbeitsunfähigkeit 582
- V**  
Verantwortungsbereich 124  
Verfassungsbeschwerdeverfahren 356  
Verfassungsmäßigkeit 217, 436  
Verfassungswidrige Schlechterstellung 469  
Vergütung von Leistungen der Labormedizin 904  
Vergütung 103, 279  
Vergütungsanspruch des Krankenhauses 461  
Vergütungsanspruch für Überweisung 370  
Verhaltensstörung 329  
Verjährungsende 84  
Verletztenrente 114, 297, 571  
Vermögensberücksichtigung 690  
Vermögenseinsatz 784  
Vermögensmehrung 524  
Vermutungstatbestand 622  
Versäumung der Klagefrist 450  
Verschuldenszurechnung 846  
Versicherte Tätigkeit 659  
Versichertes äußeres Ereignis 663  
Versicherungsfreiheit 99, 139  
Versicherungspflicht 184, 226, 401, 919  
Versicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung 348  
Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag 695  
Versicherungspflichtverhältnis wegen Erziehung von Kindern 959, 966  
Versicherungspflichtverhältnis 853  
Versorgungsauftrag 457  
Vertragsarzt 361  
Vertragsärztliche Versorgung 457, 469, 812, 904  
Vertragsärztliches Regressverfahren 866  
Vertragsarztsitz 737  
Vertragszahnarzt 728  
Verwaltungsakt 450  
Verzinsung einer Nachzahlung 945  
Verzögerte Entscheidung einer Krankenkasse 561  
Vollverpflegung 611  
Vorauszahlungen 173  
Voreingenommenheit eines Richters 356  
Vorläufige Leistungsbewilligung 790  
Vorliegen einer Laborgemeinschaft 812  
Vorsorgevollmacht 846  
Vorstandsvorsitzender 25, 103
- W**  
Wegefähigkeit 40  
Wegeunfall 297  
Weihnachtsgeld 254  
Weiterbildung 262  
Wertungen des § 87 SGB XII 784  
Wettbewerbsverzerrung 379  
Widerlegliche Vermutung 622  
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 538, 969  
Wirtschaftlichkeitsgebot 361  
Wirtschaftlichkeitsprüfung 5  
Wirtschaftlichkeitsprüfungsverfahren 866  
Wohlfahrtspflege 25
- Z**  
Zuflussprinzip 779  
Zulassung 285  
Zurechnung als mittelbare Unfallfolge 749  
Zuständigkeit des Trägers der berufsständischen Versorgung 401  
Zuständigkeitsklärung 897  
Zweckverfehlung 517

## Abkürzungen

---

AAG	Aufwendungsausgleichsgesetz
a.a.O.	am angegebenen Ort
AAÜG	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AEOVO	Arbeitserlaubnisverordnung
a.F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz (siehe SGB III)
AGB	Arbeitsgesetzbuch der DDR
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AKG	Allgemeines Kriegsfolgengesetz
ALG	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
Alg	Arbeitslosengeld
Alg II-V	Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung
Alhiv	Arbeitslosenhilfeverordnung
AltTZG	Altersteilzeitgesetz
AMG	Arzneimittelgesetz
AMPreisV	Arzneimittelpreisverordnung
ÄndG	Änderungsgesetz
AN	Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit
AnhP	Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit
Anm.	Anmerkung
AnpG	Anpassungsgesetz
AntiDHG	Anti-D-Hilfegesetz
AnVNG	Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz
AO	Abgabenordnung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ApBetrO	Apothekenbetriebsordnung
ApoG	Gesetz über das Apothekenwesen
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
ArV	Arbeiterrentenversicherung (siehe SGB VI)
ArVNG	Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz
Ärzte-ZV	Ärzte-Zulassungsverordnung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AusglV	Ausgleichsrentenverordnung
AVAVG	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AV	Angestelltenversicherung
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz (siehe SGB VI)
Az.	Aktenzeichen
BA	Bundesagentur für Arbeit

BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des BAG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BAK	Blutalkoholkonzentration
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeitrZV	Beitragszahlungsverordnung
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Bek.	Bekanntmachung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
ber.	berichtigt
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Teil I, Teil II, Teil III)
BEEG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Beschl.	Beschluss
BErzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BG	Berufsgenossenschaft
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen (amtliche Sammlung; Band/S.)
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BK	Berufskrankheit
BKK	Betriebskrankenkasse
BKV	Berufskrankheitenverordnung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMV-Ä	Bundemantelvertrag Ärzte
BMV-Z	Bundemantelvertrag Zahnärzte
BPflV	Bundespflegesatzverordnung
br	Behindertenrecht (Zeitschrift)
BR	Bundesrat
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Breith.	Breithaupt, Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht (Zeitschrift)
BSchA/BSA	Berufsschadensausgleich
BSeuchG	Bundesseuchengesetz (siehe IfSG)
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des BSG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BSHG	Bundessozialhilfegesetz (siehe SGB XII)
BT	Bundestag
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVBl./BArBl.	Bundesversorgungsblatt/Bundesarbeitsblatt (Heft-Nr./Jahr/S.)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des BVerfG (amtliche Sammlung; Band/S.)

BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
d.h.	das heißt
DISVA	Deutsch-israelisches Sozialversicherungsabkommen
Drs./Drucks.	Drucksache
DRV	Deutsche Rentenversicherung
DV/DVO	Durchführungsverordnung
EBM-Ä	Einheitlicher Bewertungsmaßstab für vertragsärztliche Leistungen
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EKK	Ersatzkrankenkasse
EKV-Ä	Ersatzkassenvertrag – Ärzte
EKV-Z	Ersatzkassenvertrag – Zahnärzte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
erk.	erkennend(er)
ErwZulG	Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadensersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuM	Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FELEG	Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbsfähigkeit
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte (Zeitschrift; Band/S.)
FRG	Fremdrentengesetz
GAL	Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte
GBA	Gemeinsamer Bundesausschuss
Gbl.	Gesetzblatt
GdB	Grad der Behinderung
GdS	Grad der Schädigungsfolgen
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKG	Gerichtskostengesetz
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
GRG	Gesundheitsreformgesetz
GOZ	Gebührenordnung für Zahnärzte
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGB	Handelsgesetzbuch
HHG	Häftlingshilfegesetz
HkG	Heimkehrergesetz
HStruktG	Haushaltsstrukturgesetz
HwO	Gesetz zur Ordnung des Handwerks – Handwerksordnung
HwVG	Handwerkerversicherungsgesetz
IfSG	Infektionsschutzgesetz
i.d.F.	in der Fassung

info also	Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht (Zeitschrift)
InsO	Insolvenzordnung
IQWiG	Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
JAV	Jahresarbeitsverdienst
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
Kaug	Konkursausfallgeld
KFürsV	Kriegsopferfürsorge-Verordnung
KfzHV	Verordnung über Kraftfahrzeughilfe zur beruflichen Rehabilitation
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KK	Krankenkasse
KO	Konkursordnung
KOF	Kriegsopferfürsorge
KOV	Kriegsopferversorgung
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KSVG	Künstlersozialversicherungsgesetz
KVÄG	Krankenversicherungsänderungsgesetz
KV	Krankenversicherung
KVdR	Krankenversicherung der Rentner (siehe SGB VI)
KVLG	Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LAK	Landwirtschaftliche Alterskasse
LBliGG	Landesblindengeldgesetz
LFZG	Lohnfortzahlungsgesetz
LKK	Landwirtschaftliche Krankenkasse
LSA	Land Sachsen-Anhalt
LSG	Landessozialgericht
LVA	Landesversicherungsanstalt
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MPG	Medizinproduktegesetz
MuSchG	Mutterschutzgesetz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
Nds.	Niedersachsen
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NOG	Neuordnungsgesetz
Nr(n).	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht

NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OEG	Opferentschädigungsgesetz
OrthV	Orthopädieverordnung
OVA	Obersversicherungsamt
PflegeVG	Pflege-Versicherungsgesetz
PsychThG	Psychotherapeutengesetz
RAG	Rentenanpassungsgesetz
RAM	Reichsarbeitsminister/ium
RAV	Rentenanpassungsverordnung
RBEG	Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RdNr.	Randnummer
RehaAnglG	Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation (siehe SGB IX)
RGBL	Reichsgesetzblatt
RKG	Reichsknappschaftsgesetz
RL	Richtlinie(n)
RRG	Rentenreformgesetz
RSaV	Risikostrukturausgleichsverordnung
RSV	Regelsatzverordnung
RückHG	Rückkehrhilfegesetz
RÜG	Renten-Überleitungsgesetz
RV	Rentenversicherung
RVA	Reichsversicherungsamt
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
SchwabV	Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung
SchwabG	Schwerbehindertengesetz (siehe SGB IX)
SG	Sozialgericht
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch (I Allgemeiner Teil, II Grundsicherung für Arbeitsuchende, III Arbeitsförderung, IV Gemeinsame Vor- schriften für die Sozialversicherung, V Gesetzliche Kranken- versicherung, VI Gesetzliche Rentenversicherung, VII Gesetz- liche Unfallversicherung, VIII Kinder- und Jugendhilfe, IX Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderun- gen, X Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz, XI Soziale Pflegeversicherung, XII Sozialhilfe)
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SozR	Sozialrecht (Entscheidungen des BSG; Loseblattwerk)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrRehaG	Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
SV	Sozialversicherung
SvEV	Sozialversicherungsentgeltverordnung

SVG	Soldatenversorgungsgesetz
SVwG	Selbstverwaltungsgesetz
TPG	Transplantationsgesetz
TWZ	Thannheiser/Wende/Zech, Handbuch des Bundesversorgungsrechts (Vorschriften mit Hinweisen und BSG-Leitsatzsammlung zu Sozialer Entschädigung und Rehabilitation; Loseblattwerk)
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
u.a.	unter anderem
UN-BRK	Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
Urt.	Urteil
USK	Urteilssammlung für die gesetzliche Krankenversicherung
UV	Unfallversicherung
UVNG	Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VAHRG	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich
WBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VersMedV	Versorgungsmedizin-Verordnung
vgl.	vergleiche
VO/V	Verordnung
VuVO	Versicherungsunterlagen-Verordnung
VV	Vergütungsverzeichnis bzw. Verwaltungsvorschrift
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwRehaG	Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WDB	Wehrdienstbeschädigung
WFVG	Wehrmächtsfürsorge- und Versorgungsgesetz
WGSVG	Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung
Zahnärzte-ZV	Zahnärzte-Zulassungsverordnung
z.B.	zum Beispiel
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung (Zeitschrift für das Recht der Sozialen Sicherheit)
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
ZDG	Zivildienstgesetz
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRBG	Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigung in einem Ghetto
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen